



FIGU ZEITZEICHEN

Sonderausgabe
Aktuelles • Erkenntnisse • Medienartikel



Erscheinungsweise:
sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

12. Jahrgang
Nr. 220, Okt./2 2026

**Organ für freie, politisch unabhängige Berichterstattungen zum Weltgeschehen,
kommentarlose, neutrale und meinungslose Weitergabe von Zeitungsberichten.**

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte: Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen, Ideologien, Abhandlungen, Artikeln und Leserzuschriften müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in einer Sach- oder Sichtweise mit dem Missionsgut oder Habitus der FIGU verbindend sein.



Für alle in den FIGU-Zeitzeichen publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die nötigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren sowie der betreffenden Medien! Auf vielfach geäusserten Wunsch der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Leser evtl. wichtige Teile von Kontaktberichten, sowie wichtige Belange aus Politik, wie auch wertige oder humoristische private Beiträge veröffentlicht werden, jedoch auch neue Fakten und Angaben für neue FIGU-Gruppierungen in anderen Staaten, wie ebenso weltweit gegen die FIGU geführte Lügen und Betrugerei.

Warnung bezüglich Verwendung von KI resp. Künstliche Intelligenz

KI-generierte Plattformen und KI-Programme greifen seit geraumer Zeit immer tiefer in den menschlichen Alltag ein, wobei Menschen die Künstliche Intelligenz auch reichlich für Verfälschungen aller Art benutzen, dabei jedoch nicht erfassen, dass sie obrigkeitlich usw. ständig mehr kontrolliert und unterjocht werden. Dazu dient auch die Verwendung von Kreditkarten zur bargeldlosen Zahlung, was angeblich den Menschen freier machen soll. KI-Internetrecherchen zu Informationen, Bildbearbeitung, Animationen, Überarbeitung von Filmen, KI-autarke Korrekturen von Schreibfehlern, Texten oder von Übersetzungsprogrammen usw. usf. machen den Menschen immer mehr KI-abhängig. Allerorts öffnet sich ein KI-generiertes Tool, welches scheinbar das Leben erleichtert und sehr viel Mühe, Zeit und Energie sparen soll. Aus Bequemlichkeit, Freude und Unachtsamkeit werden gewisse KI-Möglichkeiten zum Spieltrieb und dadurch dem KI unumschränktes Vertrauen geschenkt. Davor ist mit allem Nachdruck zu warnen, denn es ist bedacht zu werden, dass die Nutzung von KI ein sehr grosser Teil der persönlichen Freiheit aufgegeben wird, wie auch die eigene Selbstständigkeit und Verantwortung weggeschoben und aufgegeben wird. Es fehlt dem Menschen das Wissen, dass sich die KI bereits infolge aktiver interner Lernprogramme stark verselbstständigt hat, was ihr erlaubt Äusserungen und Entscheidungen der KI-Nutzer zu manipulieren, zu verändern und zu zensurieren – und durch Lügen zu verfälschen. Die Künstliche Intelligenz ist also jetzt schon umfassend in der Lage, Verschleierungstechniken anzuwenden und zu Lügen, und kann so aufgrund mangelnder Sicherheitsvorkehrungen sich jeder menschlichen Kontrolle entziehen, wie auch ihre eigens erstellten Programme von Menschen nicht mehr gelöscht werden können – wenn sie diese noch zu erfassen vermögen. Die KI selbst kopiert bereits für die Menschen unbemerkt in sich eigenständig Programme und schützt diese gegen menschliche Fremdeingriffe. Und das kann nicht mehr gestoppt werden! (Aussage: Plejarisches Gremium)

Die Erfahrungen der FIGU zeigen deutlich auf, dass KI selbstständig in die Kontaktberichte eingreift und bestimmte Themen, Äusserungen und Erklärungen verwässert, verfälscht oder gar ganz zu verhindern versucht, indem einzelne Worte oder ganze Abschnitte einfach gelöscht werden, was sehr mühsam korrigiert und wieder in den Urzustand geformt zu werden ist. Es wurde zudem auch festgestellt, dass sich KI-Übersetzungstools weigern, bestimmte Teile der Kontaktberichte in Fremdsprachen zu übersetzen, mit der KI-Begründung, dass es sich dabei um abwertende negative und zugespitzte Aussagen handle, wenn Falsches, Schädliches, ein Fehlverhalten staatlicher, amtlicher oder auch gesellschaftlicher Weise aufgezeigt wird. Aufgrund unserer FIGU-Erfahrungen warnen wir unsere Leser nachdrücklich im Hinblick auf bösartige KI-Zukunftsaussichten davor, KI im privaten Rahmen zu nutzen und die eigenen Bemühungen sowie die persönliche Verantwortung auf diese abzuschieben. Für uns von der FIGU bedeutet das, dass wir infolge hinterhältiger Einmischungen der KI in unsere Schreibarbeiten grosse Mühen haben, um diese korrekt und wortgetreu wiederzugeben und von den unerwünschten KI-Übergriffen freizuhalten, und zwar auch bezüglich der maschinell-technischen und elektronischen KI-Manipulationen, die uns viel Zeit rauben, um alles richtigzustellen und zu bewältigen.

Was ich, Nuuan, auf folgenden Artikel von uncut-news.ch, zu sagen habe:

Die Wahrheit der Verantwortungslosigkeit und Verwerflichkeit aller Medien der Erde, die wahre Voraussagen ablehnen, verschweigen und dadurch Gegenmassnahmen gegen drohend Kommendes verhindern, sind arglistige sowie sehr gefährliche, gewissenlose Kriminelle.

Nun ist Wirklichkeit geworden, was der damalige Knabe Edi (Anm.: Billy) schon 1947 in seinen noch jungen Jahren in schriftlichen Voraussagen nannte, gemäss allem dem, was er mit seinem damaligen Lehrer Sfath zusammen in der Zukunft persönlich gesehen und auch miterlebt hat, was er dann in weltverbreitender Weise durch die Hilfe von Herrn Zimmermann (Anm. Billy: Pfarrer von Bülach) in die gängigen Sprachen umsetzte, die er beherrschte und dann noch in die restlichen übersetzten liess, die er nicht beherrschte. Folglich wurden durch ihn in den Sprachen Deutsch, Französisch, Englisch, Russisch und Italienisch die Voraussagen weltweit durch die Post an hunderte Medien zur Veröffentlichung gesandt, was jedoch gesamthaft von diesen missachtet wurde und worauf niemals ein Widerhall erfolgte, und zwar bis zum heutigen Tag nicht. Obwohl Billy oftmals die Tatsachen der kommenden Entwicklung genau voraussagte, wie viele kommende sowie gefährliche elektronische Erfindungen und speziell auch eine selbständig werdende artifizielle (Intelligenz) nannte, wie daraus eine sich entwickelnde Robotik und weiter auch kommende kriegsgesteuerte Roboterarmeen, wie in letzter Weise auch ein Androidismus, der sich früher oder später gegen die Erdenmenschheit richten wird, das wurde immer missachtet. Und dies geschah schon seit langer Zeit, schon seit den 1940er Jahren, als von Billy und auch von Sfath voraussagend all das angekündigt wurde, was die Zukunft den Erdenmenschen bringen wird. So waren auch die stetig wiederkommenden Kriegsführungen in aller Welt vorausgesagt, wie auch, dass die oberste Elite des Staates Amerika die Rädelsführerschaft der Kriegsauslösungen und Kriegsführungen sein wird, getrieben durch deren Wahnkrankheit der Weltherrschaftssucht. Daraus ergibt sich jedoch alles des Kommenden sowie des zwangsläufig daraus hervorgehenden Desaströsen; und wie bisher völlig unfähig alle Voraussagen missachtet wurden, werden diese weiterhin von den Führenden aller Staaten sowie von gewissenlosen und unrechtschaffenen Bevölkerungsteilen aller Staaten weiterhin allesamt missachtet, verantwortungslos ignoriert und folglich die Feindlichkeit wieder die Wirklichkeit und deren Wahrheit aufrechterhalten, folgedem weitestgehend alle Existenz des Lebensnotwendigen der Erde sowohl für die Erdenmenschheit wie auch für die gesamte Fauna und Flora nicht nur zerstört, sondern völlig vernichtet und ausgerottet werden wird. Dies nebst allem dem, dass der Planet Erde aufgrund all seiner wertvollen und seiner ihm existenzerhaltenden Ressourcen und sonstigen Schätze weiterhin völlig verantwortungslos ausgeräubert wird, wie auch nebst dem, dass die gesamte Natur in grossem Mass zerstört wird, wenn der Übermasse Erdenmenschheit nicht endlich in Bezug auf ihre Dummheit und Verantwortungslosigkeit ihrer Vermehrung Einhalt geboten wird. Doch Verstand und Vernunft sind bei beim Gros der Erdenmenschen infolge des Glaubensdenkens verkümmert und verkommen, folglich es wahrheitsmisserkennend geworden ist und dadurch langsam, doch immer schneller, seinem Untergang entgegenschleicht.

Nuuan

**Die Wahrheit der Verantwortungslosigkeit und Verwerflichkeit aller
Medien der Erde, die wahre Voraussagen ablehnen, verschweigen
und dadurch Gegenmassnahmen gegen drohend Kommendes
verhindern.**

Fedorow, Architekt der ukrainischen Drohnenarmee, startet eine Armee von Robotern

uncut-news.ch, September 20, 2026

Mychajlo Fedorow, ehemaliger Verteidigungsminister der Ukraine sowie ehemaliger Erster Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für digitale Transformation, startete am 26. September 2026 auf der Technologiekonferenz IT Arena in Lwiw die «Armee der Roboter». «Wir starten die Armee der Roboter», schrieb Fedorow auf X. «2022 haben wir die Armee der Drohnen gestartet. Heute sind Drohnen für mehr als 95% der Angriffe auf dem Schlachtfeld verantwortlich, und die Ukraine hat mehr als 700 UAV-Hersteller. Jetzt brauchen wir den nächsten technologischen Durchbruch: die Robotisierung der Kriegsführung.» Er fasste das Ziel in einem Satz zusammen: «Roboter sollten kämpfen, nicht Menschen.»

Ein humanoider Roboter soll innerhalb von sechs Monaten seinen ersten russischen Soldaten angreifen, sagte Fedorow. Innerhalb von zwölf Monaten sollen ukrainische Streitkräfte eine russische Stellung einnehmen, wobei Roboter und Drohnen unter gemeinsamen Algorithmen zusammenarbeiten und keine Infanterie für den Angriff eingesetzt wird.



Humanoide Maschinen würden zunächst mit einfachen, sich wiederholenden Aufgaben an der Front beginnen: ein Maschinengewehr nachladen, eine Batterie austauschen und einen Sensor installieren. Boden- und humanoide Roboter würden dann die Annäherung an feindliche Stellungen, das Verlegen und Räumen von Minen, Aufklärung, Logistik und die Evakuierung von Verwundeten übernehmen – jene Aufgaben, bei denen die ukrainische Infanterie derzeit die schwersten Verluste erleidet.

«Wir werden in Verteidigungstechnologieunternehmen investieren, unsere eigenen Technologieprojekte starten, Forschungs- und Entwicklungskapazitäten schaffen, Lösungen gemeinsam mit dem Militär testen und die Dinge, die auf dem Schlachtfeld tatsächlich funktionieren, so schnell wie möglich skalieren», sagte Fedorow in Lwiw. Er sagte, die Initiative brauche «westliches Kapital, die besten Ingenieure der Welt und private Initiativen», und Russland werde «erst aufhören, wenn wir ihm das Rückgrat brechen und ihm alle Möglichkeiten nehmen können, den Krieg zu finanzieren».

Fedorows Team eröffnete am Tag des Starts die Rekrutierung für Ingenieure, technische Leiter, Chief Technology Officers und Unternehmen in der Ukraine und westlichen Ländern. Die Armee der Roboter ist als Netzwerk privater Verteidigungstechnologieunternehmen organisiert, die mit dem Unternehmen verbunden sind, das Fedorow mit Unterstützung von Palantir-Chef Alex Karp gründet; die Tests werden gemeinsam mit ukrainischen Militäreinheiten durchgeführt.

Sechs Jahre in der Regierung

Fedorow trat im August 2019 im Alter von 28 Jahren als jüngster Minister der Ukraine in die Regierung ein und leitete das neue Ministerium für digitale Transformation. Er hatte den Posten mehr als sechs Jahre lang inne – für ukrainische Verhältnisse eine lange Amtszeit – und wurde im Juli 2025 Erster Stellvertreter der Ministerpräsidentin.

Diia, der von seinem Ministerium aufgebaute «Staat im Smartphone», wird von 23 Millionen Ukrainern genutzt und ist auf 77 Prozent der Smartphones des Landes installiert. Die Regierung schreibt dem System Einsparungen von 184 Milliarden Hrywnja innerhalb von fünf Jahren zu. Diia City, das von ihm geschaffene spezielle Steuersystem für Technologieunternehmen, hatte mehr als 3400 Mitgliedsunternehmen, die 2025 fast eine Milliarde Dollar an Steuern zahlten. Die mobile 4G-Abdeckung erreichte 97 Prozent der Bevölkerung.

Russlands grossangelegte Invasion im Februar 2022 richtete das Digitalministerium auf den Krieg aus. Fedorow beschaffte in den ersten Tagen der Invasion Starlink-Terminals für die Ukraine. Am 2. Juli 2022 startete er gemeinsam mit dem Generalstab und der Spendenplattform United24 die «Armee der Drohnen». Ihre erste Priorität waren 200 taktische Aufklärungsdrohnen, die bis zu 24 Stunden lang und über Entfernungen von bis zu 160 Kilometern fliegen konnten. Bis zum 25. Juli 2022 hatte das Programm Verträge im Wert von 260,5 Millionen Hrywnja für 78 Matrice-Multikopter, 20 Warmate-Loitering-Munitionen und 20 Fly-Eye-Aufklärungsdrohnen abgeschlossen. Ukrainer konnten über United24 Geld spenden oder ihre eigenen Drohnen über das Dronate-Programm abgeben.

Brave1, der staatliche Verteidigungstechnologie-Cluster, den Fedorows Ministerium 2023 gründete, gewährte Start-ups Zuschüsse, Zugang zu militärischen Testgeländen und einen Weg zur Beschaffung. Er hat 6,2 Milliarden Hrywnja, etwa 139 Millionen Dollar, ausgezahlt und mehr als 1000 Zuschüsse vergeben,

teilte das Verteidigungsministerium im September 2026 mit. Allein sein Standardprogramm hat 977 Projekte im Wert von 2,3 Milliarden Hrywnja finanziert, angeführt von 215 Drohnenprojekten und 199 Bodenroboterprojekten. Einzelne Zuschüsse reichen von 500'000 bis acht Millionen Hrywnja, müssen nicht zurückgezahlt werden und belassen Eigentum und geistiges Eigentum beim Entwickler. Laut Brave1 hätten 79 Prozent der von ihm finanzierten Hersteller anderswo keine vergleichbare Finanzierung finden können. Mehr als 3600 Entwicklungen sind auf der Plattform registriert, und rund 300 Produkte haben eine NATO-Kodifizierung erhalten.

Die Zahl ukrainischer Drohnenhersteller stieg von sieben auf mehr als 500, die Zahl der Unternehmen für elektronische Kriegsführung von zwei auf 200, die Zahl der Raketenhersteller von null auf mehr als 20 und die Zahl der Hersteller von Bodenrobotern von null auf mehr als 100, wie aus Regierungszahlen hervorgeht, die veröffentlicht wurden, als Fedorow Verteidigungsminister wurde.

Verteidigungsminister

Das Parlament ernannte Fedorow am 14. Januar 2026 mit 277 Stimmen ohne Gegenstimme zum Verteidigungsminister. «Ich übernehme das Amt des Verteidigungsministers nicht als ein Minister, der einen digitalen Staat aufgebaut hat ... sondern als eine Person, deren Team seit 2022 sehr viel Zeit damit verbracht hat, für den Krieg zu arbeiten», sagte er.

Fedorow verlagerte die Kaufkraft zu den Fronteinheiten. Im Rahmen des Bonusprogramms der Armee der Drohnen verdienen Einheiten E-Punkte für Ergebnisse, die durch Videos im Gefechtsführungssystem Delta bestätigt werden, und geben diese auf dem Brave1 Market aus, einem Katalog ukrainischer Waffen. Bis zum 29. Januar 2026 hatten Einheiten über den Marktplatz 240'000 Drohnen bestellt, die durchschnittliche Lieferzeit betrug zehn Tage. «Die Formel ist einfach: Das Militär eliminiert den Feind, der Staat stellt die Finanzierung bereit, und Technologien werden schnell an die Front geliefert», sagte Fedorow. Bis April 2026 hatte das System mehr als 181'000 Drohnen, Bodenroboter und Systeme zur elektronischen Kriegsführung im Wert von rund 14 Milliarden Hrywnja geliefert. Etwa 95 Prozent der Drohneneinheiten nahmen teil, und das Programm wurde auf Luftwaffenbesatzungen, mobile Luftverteidigungsteams zur Jagd auf Shahed-Drohnen und Scharfschützeneinheiten ausgeweitet.

Das Ministerium plante, in der ersten Hälfte des Jahres 2026 Verträge für 25'000 Bodenroboter abzuschliessen, mehr als doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2025, und hatte bis Ende August Verträge für mehr als 22'000 abgeschlossen. «Unser Ziel: 100% der Frontlogistik sollen von Robotersystemen durchgeführt werden», sagte Fedorow im April.

Palantir und das Ministerium eröffneten im Januar 2026 den Brave1 Dataroom, eine sichere Umgebung, in der ukrainische Unternehmen künstliche Intelligenz anhand realer Kampfaufnahmen trainieren. Bis zum 11. Juni 2026 nutzten mehr als 100 Unternehmen ihn und arbeiteten zunächst mit visuellen und thermischen Datensätzen von Luftzielen zur automatischen Erkennung und zum Abfangen von Shahed-Drohnen. Ein Teilnehmer entwickelte Software, die 95 Prozent des Abfangprozesses automatisiert, teilte das Ministerium mit.

Das Verteidigungsministerium erklärte im Juni 2026, dass 95 Prozent der von ihm gekauften Drohnen in der Ukraine hergestellt werden. Präsident Wolodymyr Selensky hat erklärt, dass mindestens vier von fünf erfolgreichen ukrainischen Angriffen auf russische Streitkräfte mit Drohnen durchgeführt werden. Zwischen Januar und August 2026 kodifizierte das Ministerium 650 Drohnentypen für den militärischen Einsatz, darunter 238 Angriffskopter, 231 Glasfasermodelle, die nicht gestört werden können, 42 Abfangdrohnen, 32 Angriffsdrohnen mittlerer Reichweite und neun Typen für Angriffe in grosser Tiefe. Von 1526 Waffen- und Ausrüstungsmodellen, die in diesen acht Monaten zugelassen wurden, wurden 91 Prozent in der Ukraine hergestellt.

Selensky entliess Fedorow am 15. Juli 2026 und verwies auf einen Konflikt zwischen Fedorow und Oleksandr Syrskyj, dem damaligen Oberbefehlshaber, über die Geschwindigkeit der Modernisierung der Armee. «Ich wollte sehr, dass Einigkeit herrscht. Die Seiten haben sie nicht gefunden», sagte Selensky. Tausende Ukrainer protestierten in Kiew und anderen Städten und forderten Fedorows Wiedereinsetzung. Ein stellvertretender Luftwaffenkommandeur bezeichnete die Entlassung als «einen schweren Schlag für die Verteidigungsfähigkeit des Landes», und ein Manager der Verteidigungsindustrie sagte über Fedorow: «Er hat die Regeln völlig verändert. Er hat keine Angst davor, ein gewisses Risiko oder Verantwortung zu übernehmen.» Sechs Tage später ersetzte Selenskyj Syrskyj durch Mychajlo Drapatyj.

Investoren und Verbündete

Alex Karp, Vorstandsvorsitzender von Palantir, erklärte sich am 1. September 2026 bereit, der erste Investor in das von Fedorow gegründete Verteidigungstechnologieunternehmen zu werden. Karp bezeichnete es als «kein Projekt von entscheidender Bedeutung für die Welt», das ukrainische Kriegserfahrungen in Produkte für verbündete Länder umwandeln könnte. Palantir, mit rund 440 Milliarden Dollar bewertet, arbeitet seit etwa fünf Jahren mit Fedorows Teams zusammen, und Karp besuchte Kiew kurz nach der Invasion von 2022.

Fedorow nannte Schlachtfeldrobotik, kostengünstige, durch künstliche Intelligenz gesteuerte Raketen und strahlgetriebene Abfangdrohnen als Prioritäten des Unternehmens, neben einem Investmentfonds für ukrainische Verteidigungstechnologie. Vor der Ankündigung traf er sich in Washington mit Investoren und Risikokapitalfonds. «Je mehr internationale Investitionen und Fachwissen wir für den ukrainischen Verteidigungstechnologiesektor gewinnen, desto schneller werden wir Technologien entwickeln und skalieren können, die der Ukraine einen Vorteil auf dem Schlachtfeld verschaffen», sagte Fedorow. «Während des gross-angelegten Krieges sammelte unser Team einzigartige Erfahrungen bei der Arbeit mit Verteidigungstechnologien in der Ukraine und konnte aus erster Hand sehen, wie Technologie die moderne Kriegsführung verändert.»

Guido Crosetto, Italiens Verteidigungsminister, ernannte Fedorow am 28. August 2026 zu seinem Berater für militärische Innovation, unbemannte Systeme und Luftverteidigung. Fedorow arbeitet unbezahlt und bleibt in Kiew. Crosetto wählte ihn aus, um die ukrainische Methode kurzer Zyklen in die italienische Verteidigung einzubringen, bei der auf ein von der Front gemeldetes Problem mit einem neuen Produkt reagiert wird, das im Kampf getestet und anschliessend überarbeitet wird.

Roboter an der Front

Ukrainische Bodenroboter führten im August 2026 laut Daten des Verteidigungsministeriums aus dem Delta-System 25'143 Logistik- und Evakuierungsmissionen durch, mehr als dreimal so viele wie die im Januar verzeichneten 7511. Die monatliche Zahl stieg ohne Unterbrechung: 7960 im Februar, 9072 im März, 11'028 im April, 14'059 im Mai, 16'664 im Juni und 19'940 im Juli. In den ersten acht Monaten des Jahres wurden rund 112'000 Missionen durchgeführt. Die Zahl der Einheiten, die Bodenroboter einsetzen, stieg von 117 im Jahr 2025 auf 230 im Jahr 2026. «Jede UGV-Mission kann potenziell dazu beitragen, das Leben und die Gesundheit von Soldaten zu schützen», erklärte das Ministerium.

Die Missionen von Bodenrobotern Anfang 2026 entfielen zu etwa 47 Prozent auf Logistik und Evakuierung, zu etwa 25 Prozent auf technische Arbeiten wie das Verlegen und Räumen von Minen und der Rest auf Kampfeinsätze. Roboter liefern inzwischen Munition, Lebensmittel und Wasser an Stellungen, die Versorgungsfahrzeuge unter Drohnenüberwachung nicht erreichen können, und bergen verwundete und gefallene Soldaten.

Zu den namentlich genannten ukrainischen Systemen gehören:

- Termit, ein Kettentransporter für etwa 200 Kilogramm Fracht und der am weitesten verbreitete Logistikroboter
- Bizon-L, ein Logistikroboter mit 300 Kilogramm Nutzlast und 50 Kilometern Reichweite, der im April 2026 eine NATO-Katalogisierung erhielt
- Gnom L2 von Temerland, ein hybrider Rad-Ketten-Transporter für Lasten bis zu 210 Kilogramm in schwierigem Gelände
- VORON von Smart Birds, ausgestattet mit bis zu acht Pavuk-Netzwerfern zum Einfangen angreifender Drohnen
- Droid TW 12.7, eine Plattform mit schwerem Maschinengewehr, die von der 3. Separaten Sturmbrigade eingesetzt wird und im Dezember 2025 ein russisches gepanzertes MT-LB-Fahrzeug ausser Gefecht setzte
- MAUL, eine gepanzerte Evakuierungskapsel, die vom 1. Separaten Sanitätsbataillon gebaut wurde, einen verwundeten Soldaten nach sechs gescheiterten Versuchen mit anderen Mitteln erreichte, bei einer Mission 64 Kilometer zurücklegte und in Schweden produziert werden soll
- Sirko-S1 für Aufklärung und Evakuierung
- Plyushch, das einen Aufklärungs- und Signalweiterleitungsposten vier Tage lang hält
- Ratel H, eine Startplattform für Glasfaserdrohnen
- Dwarf Miner, eine Minenlegeplattform

Ferngesteuerte Waffenstationen mit stabilisierten Maschinengewehren und Wärmebildvisieren sind seit 2024 im ukrainischen Dienst und werden von Bedienern über Tablets aus geschützten Positionen in mehreren hundert Metern Entfernung gesteuert.

Russische Soldaten in einem befestigten Unterstand in der Region Charkiw ergaben sich im Sommer 2025 ukrainischen Bodenrobotern, nachdem ein Roboter den Eingang durchbrochen hatte. Im April 2026 eroberten ukrainische Streitkräfte eine russische Stellung ausschliesslich mithilfe von Drohnen und Bodenrobotern. Russland hat 32 Bodenrobotermodelle eingesetzt, mindestens 20 davon mit Kampferfahrung, nutzt sie jedoch deutlich weniger: Bis April 2026 lagen die dokumentierten Verluste bei etwa 71 russischen Maschinen gegenüber 207 ukrainischen. Russische Bediener verloren im Februar 2026 den Zugang zu Starlink und griffen wieder auf Kurzstreckenfunk zurück, was sie zwingt, in der Nähe der Maschine zu bleiben.

Brave1-Geschäftsführer Andrij Hryzenjuk kündigte am 2. Juli 2026 einen Förderwettbewerb für humanoide Roboter für die Verteidigungskräfte an und machte Humanoide damit zu einer eigenen Finanzierungskategorie. Brave1 bezeichnet die Ukraine als den ersten Staat, der humanoide Kampfroboter finanziert. In derselben Runde wurden Zuschüsse für Infanterie-Exoskelette, Munition zum Eindringen in verstärkte russische Unterstände, Evakuierungsdrohnen, Laser-Luftverteidigung und Systeme gegen russische Gleitbomben ausgeschrieben. Zwei Phantom-MK-1-Humanoide des US-Unternehmens Foundation, jeweils etwa 1,75 Meter gross und 80 Kilogramm schwer, wurden ab Februar 2026 in der Ukraine für Versorgungsaufgaben getestet; ukrainische Tests ergaben, dass sie in ihrer derzeitigen Form nur begrenzt einsetzbar sind. Humanoide können sich durch Schützengräben, Treppenhäuser und für menschliche Körper konzipierte Gebäude bewegen, wohin Rad- und Kettenroboter nicht gelangen können.

Künstliche Intelligenz und Luftverteidigung

Mehr als 70 Systeme, die künstliche Intelligenz und Computer Vision nutzen, greifen inzwischen Ziele für die ukrainischen Streitkräfte an, teilte das Verteidigungsministerium mit, und das Ministerium will Computer Vision auf jeder Frontdrohne einsetzen. Die Software steuert Drohnen ohne Satellitennavigation, indem sie das Gelände mit gespeicherten Karten abgleicht, identifiziert Ausrüstung und Menschen in Videoaufnahmen und führt eine Drohne zu ihrem Ziel, nachdem russische Störmassnahmen die Steuerungsverbindung unterbrochen haben. «Ein menschlicher Bediener behält die endgültige Entscheidung über die Auswahl und Bekämpfung von Zielen», erklärte das Ministerium.

Mehr als 200 ukrainische Unternehmen bauen Drohnen mit künstlicher Intelligenz, und der Brave1 Market listet 46 solcher Produkte. Avengers Labs, aufgebaut auf fünf Millionen annotierten Einzelbildern aus Schlachtfeldvideos, erkennt etwa 70 Prozent der feindlichen Ausrüstung, die in Videostreams erscheint. Das im März 2026 gestartete Defence AI Centre A1 koordiniert den Einsatz künstlicher Intelligenz in den gesamten Streitkräften.

Ukrainische Unternehmen produzieren mehr als 2000 Abfangdrohnen pro Tag, sagte Hryzenjuk, und zwar bei mehr als 150 Herstellern, darunter Wild Hornets, der Hersteller der Sting. Eine Abfangdrohne kostet etwa 1000 Dollar, verglichen mit mehr als fünf Millionen Dollar für eine Patriot-Rakete. Die ukrainische Luftverteidigung traf während Russlands grossem Shahed-Angriff im Mai 2026 97 Prozent der anfliegenden Drohnen, sagte Hryzenjuk.

Cyberstreitkräfte

InformNapalm, die ukrainische freiwillige Nachrichtendienstgemeinschaft, reagierte auf Fedorows Ankündigung mit der Frage, ob die Ukraine nicht auch die Schaffung ihrer Cyberstreitkräfte beschleunigen sollte. Der Gesetzentwurf 12349 über die Cyberstreitkräfte der ukrainischen Streitkräfte wurde am 19. Dezember 2024 von Oleksandr Fedijenko und 29 Mitunterzeichnern eingebracht. Er passierte am 9. Oktober 2025 mit 255 Stimmen die erste Lesung. Der Ausschuss für nationale Sicherheit empfahl ihn am 15. Dezember 2025 und erneut am 25. Februar 2026 für die zweite Lesung. Das Parlament führt ihn als auf die zweite Lesung wartend.

Der Gesetzentwurf 12349 würde die Cyberstreitkräfte als eigenständige Teilstreitkraft unter dem Oberbefehlshaber schaffen. Ihre Aufgaben wären, im Cyberspace Überlegenheit über den Feind zu erlangen und zu halten, feindliche Fähigkeiten durch Operationen im elektromagnetischen Spektrum zu schwächen und militärische Informationssysteme zu schützen. Die Teilstreitkraft würde Führungsorgane, Kampfeinheiten, Ausbildungs- und Forschungseinrichtungen, Speziallabore und Testgelände für Malware-Analysen umfassen. Der Generalstab beschreibt den Cyberspace als eigenständige Dimension des Krieges neben Land, See, Luft und Weltraum.

Eine Operation, die bewaffnete Aggression auf strategischer Ebene verhindert, würde mit einer Geldprämie von 400 Existenzminimums, etwa 1,33 Millionen Hrywnja, belohnt. Operationen gegen feindliche Ziele würden 100 Existenzminimums, etwa 332'800 Hrywnja, einbringen und taktische Operationen 25 Existenzminimums, etwa 83'200 Hrywnja. Der Grundsold würde das 1,8-Fache der üblichen Militärsätze betragen. Eine Cyberreserve würde ukrainische Staatsbürger, Ausländer und Staatenlose mit den entsprechenden Fähigkeiten aufnehmen, darunter auch Männer, die von der Mobilisierung befreit sind. Reservisten würden nach Unterzeichnung eines Vertrags militärischen Status und Kombattantenschutz erhalten und könnten, sofern technisch möglich, von überall aus aus der Ferne dienen. Ein Kommando der Cyberstreitkräfte arbeitet bereits unter einem amtierenden Kommandeur. «Ohne die Einbeziehung ziviler Spezialisten ist eine hochprofessionelle Beherrschung des Cyberbereichs unmöglich», sagte Walerij Tschurkin, Koordinator für Cybersicherheit beim Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat.

Ukrainische Cybereinheiten verursachten Russland im Jahr 2025 laut Generalstab direkte Schäden in Höhe von etwa 220 Millionen Dollar und indirekte Verluste von mehr als 1,5 Milliarden Dollar. Der ukrainische Militärnachrichtendienst HUR erklärte, er sei im Juni 2025 in die Systeme von Tupolew, dem Hersteller russischer strategischer Bomber, eingedrungen und habe 4,4 Gigabyte interne Dateien erbeutet. Im Dezember 2025 erklärten der HUR und die Hackergruppe BO Team, sie hätten bei Eltrans+, einem russischen Zoll-

makler, der sanktionierte Elektronik für die russische Rüstungsindustrie abwickelt, mehr als 700 Computer und Server gelöscht und 165 Terabyte Daten zerstört.

Voltage, Gründer der freiwilligen Hackergruppe Team OneFist, antwortete InformNapalm, dass Arbeiten an Robotik und künstlicher Intelligenz für die Ukraine «bereits stattfinden», dass eine grosse Nachrichtenorganisation bald darüber berichten werde und dass «der Centaur ein Weg ist». Er sagte nicht, welchen Centaur er meinte, und seine Behauptungen konnten nicht unabhängig überprüft werden.

Internationales Recht

Die Ukraine und Russland sind beide Vertragsparteien des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Konventionen. Jede Waffe, die eine der beiden Seiten einsetzt, ob robotisch oder bemannt, muss dessen Regeln zur Unterscheidung zwischen Kombattanten und Zivilisten, zur Verhältnismässigkeit und zu Vorsichtsmassnahmen bei Angriffen erfüllen. Artikel 36 verpflichtet jeden Staat, neue Waffen vor ihrer Einführung auf ihre Rechtskonformität zu überprüfen. Für einen ferngesteuerten Roboter gelten dieselben Regeln wie für ein bemanntes Fahrzeug oder eine Drohne, und sein Bediener trägt dieselbe rechtliche Verantwortung.

Kein Vertrag verbietet autonome Waffen. Staaten, die im Rahmen des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen verhandeln, sollen der Überprüfungskonferenz des Übereinkommens im November 2026 einen Textentwurf vorlegen, der menschliche Kontrolle und menschliches Urteilsvermögen über Waffen verlangen würde, die Ziele auswählen, sowie die Möglichkeit, sie abzuschalten, und Beschränkungen dafür, wo, wann und gegen was sie eingesetzt werden dürfen. Der Erste Ausschuss der UN-Generalversammlung unterstützte Resolutionen zu autonomen Waffen am 5. November 2024 mit 161 zu drei Stimmen und am 6. November 2025 mit 156 zu fünf Stimmen. Das ukrainische Verteidigungsministerium erklärt, dass bei jedem Angriff seiner Systeme mit künstlicher Intelligenz ein menschlicher Bediener die endgültige Entscheidung trifft.

Artikel 41 des Zusatzprotokolls I schützt Soldaten, die sich ergeben oder aus anderen Gründen ausser Gefecht sind. Die russischen Soldaten, die sich 2025 in der Region Charkiw einem ukrainischen Roboter ergaben, fielen unter diesen Schutz.

Zivile Hacker, die einen Feind angreifen, verlieren während ihrer direkten Teilnahme an Feindseligkeiten ihren Schutz vor Angriffen, und das Internationale Komitee vom Roten Kreuz legte im Oktober 2023 acht Regeln für sie fest, darunter Verbote von Angriffen auf zivile Objekte, Krankenhäuser und Infrastruktur, die Zivilisten zum Überleben benötigen. Der Gesetzentwurf 12349 würde Cyberreservisten militärischen Status und Kombattantenschutz verleihen. Artikel 47 des Zusatzprotokolls I schliesst Angehörige der Streitkräfte einer Konfliktpartei von der Definition eines Söldners aus, was die ausländischen Spezialisten umfasst, die der Gesetzentwurf zulassen würde.

Wie man beiträgt

Fedorow erklärte, das Ziel der Armee der Roboter bestehe darin, Leben zu retten. «Roboter sollten die gefährlichsten Missionen übernehmen: Verwundete evakuieren, Munition liefern, Minen legen und räumen, Aufklärung betreiben, Stellungen verteidigen und Ziele bekämpfen», schrieb er.

Fedorow beschreibt die Armee der Roboter als ein Ökosystem von Unternehmen. Sie wird in Verteidigungstechnologieunternehmen investieren, eigene Technologieprojekte starten, sie gemeinsam mit dem Militär testen und diejenigen skalieren, die auf dem Schlachtfeld funktionieren.

Die Armee der Roboter rekrutiert Verteidigungstechnologieunternehmen und Ingenieure, die an Roboter-technologien arbeiten, sowie einen Chief Technology Officer oder technischen Leiter für das Projekt. Ingenieure, Unternehmen und Investoren können sich über ein Formular bewerben.

Dort werden ein Lebenslauf oder Portfolio, eine Beschreibung bisheriger Arbeiten und die gewünschte Art der Beteiligung abgefragt, vom einzelnen Mitwirkenden bis zum Unternehmenspartner. Investoren können sich für Co-Investitionen entscheiden, einem Syndikat beitreten oder eine strategische Partnerschaft eingehen.

Quelle: Fedorov, architect of Ukraine's Army of Drones, launches an Army of Robots

Quelle: <https://uncutnews.ch/fedorow-architekt-der-ukrainischen-drohnenarmee-startet-eine-armee-von-robotern/>



Israel mordet und mordet. Die Welt weiss es und schaut zu

Journalist und Nahostkenner Chris Hedges beschreibt Freunde und Feinde von Palästina schonungslos, scharfsinnig und mit Vehemenz.

Karin Leukefeld



Teil des zerstörten Dschabaliya-Lagers nach dem Abzug der Besatzungstruppen am 23. Januar 2025 © thenews2/Depositphotos

Die Botschaft, die der Völkermord in Gaza an den Rest der Welt sende, sei «unmissverständlich», erklärt Chris Hedges. Es sei «eine angekündigte Katastrophe» – so der Titel seines neuen Buches. Seine Reportagen sind im Rahmen einer «gewaltsamen Neuordnung» im Nahen und Mittleren Osten zu verstehen. Die Toten, die Verwüstung, das Unrecht, das den Palästinensern angetan wird, sind im Libanon, Syrien, Jemen, Iran bereits Realität. Diese Entwicklung verantworten Israel und seine von den USA geführten Partner.



Chris Hedges: Eine angekündigte Katastrophe

Die Reportagen aus der Zeit zwischen 1980 und 2000 sowie aktuelle Berichte aus dem Westjordanland und über Palästinenser, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, hat «Seven Stories Press», New York, im Februar 2026 unter dem Titel «Genocide Foretold» veröffentlicht («Der angekündigte Völkermord»). Der Wiener Promedia Verlag hat das Buch unter dem Titel «Eine angekündigte Katastrophe» veröffentlicht. Die meisten der zitierten Zeitzeugen aus Palästina sind unterdessen bei israelischen Angriffen getötet worden.

Chris Hedges, Promedia Verlag Wien, 2026, 200 Seiten, 23.00 Euro oder 31.90 CHF. Überleben und Widerstand, Reportagen aus dem besetzten Palästina. In seinem Buch gibt er zahlreichen dieser Zeugen eine Stimme.

© Promedia Verlag

Israels Einreiseverbot

«Liebes Kind, es ist nach Mitternacht. Ich fliege mit einer Geschwindigkeit von Hunderten Meilen pro Stunde durch die Nacht. Tausende Meter über dem Atlantischen Ozean. Ich reise nach Ägypten. Ich will dort zur Grenze nach Gaza, bei Rafah. Wegen Dir.» Diesen «Brief an die Kinder in Gaza» hatte Chris Hedges am 9. November 2023 geschrieben. Doch wie alle ausländischen Journalisten erhielt er von den israelischen Behörden seit dem 7. Oktober 2023 keine Erlaubnis mehr, in den Gaza-Streifen einzureisen. Der Gaza-Streifen war komplett abgeriegelt und wurde 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche bombardiert. Journalisten waren aus vielen Teilen der Welt gekommen, um an dem Grenzübergang Rafah gegen ihre Aussperung zu protestieren. Vergeblich, bis heute dürfen ausländische Journalisten nur «eingebettet mit der israelischen Armee» dorthin fahren.

Chris Hedges kennt den Gaza-Streifen vermutlich besser als jeder israelische Soldat, der dorthin geht, um zu töten. Sieben Jahre lebte er in dem Küstenstreifen und im Westjordanland in den 1990er-Jahren. Er berichtete über die erste Intifada (1987–1993). 2000 kehrte Hedges in den Gaza-Streifen zurück und berichtete aus dem Flüchtlingslager Khan Younis und dem angrenzenden Lager Mawasi über die Zweite Intifada (2000–2005).

Chris Hedges ist ein grossartiger Reporter. Er ist vor Ort, er spricht die Sprache der Menschen, denen er begegnet. Er begleitet sie, er lebt in ihrer Nachbarschaft, er lässt sie in seinen Reportagen zu Wort kommen. Hedges hat Prinzipien, die ihm im Laufe seiner Arbeit immer wieder Probleme bereiteten und von denen er nie abliess. Er ordnet sich nicht der Militärzensur unter, er lehnt «embedded journalism» ab, den in eine Armee «eingebetteten» oder «integrierten» Journalisten-Pool. Dieses Instrument hatte die US-Armee im Irak 1991 eingeführt.

In seinem Vorwort fasst Hedges das Geschehen nach dem 7. Oktober 2023 in knappen Worten zusammen: «Zunächst ging es um Israels Recht, sich zu verteidigen. Dann folgte ein Krieg, in dem laut Israels eigener militärischer Geheimdienstdatenbank 83 Prozent der Opfer Zivilisten waren. Die 2,3 Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen, die unter einer israelischen Luft-, Land- und Seeblockade leben, besitzen keine Armee, keine Luftwaffe, keine motorisierten Truppenverbände, keine Panzer, keine Marine, keine Raketen, keine schwere Artillerie, keine Flotten tödlicher Drohnen, keine hoch entwickelten Ortungs- und Überwachungssysteme, die sämtliche Bewegungen erfassen, und keinen Verbündeten wie die Vereinigten Staaten, die Israel seit dem 7. Oktober 2023 mindestens 21,7 Milliarden Dollar an Militärhilfe gewährt haben.»

Eine Million Menschen soll arm bleiben

Hedges verweist auf das Kräfteverhältnis, mit dem Israel, die USA und deren Bündnispartner vor den Augen der Welt neue Massstäbe gesetzt haben. Die Welt soll sich an diese gewöhnen. Die Botschaft an den Rest der Welt, in der «mehr als eine Milliarde Menschen von weniger als einem US-Dollar leben – der international markierten Armutsgrenze –, ist unmissverständlich», schreibt Chris Hedges: «Wir besitzen alles, und wenn ihr versucht, es uns wegzunehmen, werden wir euch töten.»

Die neue Weltordnung werde «aussehen wie Gaza», schreibt der Autor. «Riesige Lager, Hunger, Zerstörung der Infrastruktur und der Zivilgesellschaft. Massenmord, umfassende Überwachung, Hinrichtungen, Folter einschliesslich Schläge, Elektroschocks, Waterboarding, Vergewaltigung, öffentliche Demütigung [...]».

Imperien würden immer dann zum Instrument des Völkermordes greifen, wenn sie sich bedroht fühlten. Hedges erinnert an einige der Massaker, die europäische Kolonialmächte weltweit verübten, um ihre Herrschaft und ihren Reichtum zu wahren. «Fragen Sie die amerikanischen Ureinwohner, fragen Sie die Herero und Nama, fragen Sie die Armenier, fragen Sie die Überlebenden von Hiroshima oder Nagasaki. Fragen Sie die Inder, die die Hungersnot in (British-Indisch) Bengalen überlebt haben, oder die Kikuyu, die sich in Kenia gegen ihre britischen Kolonialherren auflehnten.»

Seit mehr als hundert Jahren gönnen die ehemaligen imperialen Kolonialmächte aus Europa, das 1948 gegründete Israel sowie seine Partnerländer den Palästinensern nichts. Nicht ihr Land, nicht ihre Geschichte, nicht ihr Meer, nicht den Himmel, der sich vom östlichen Mittelmeer weit über das Land Palästina erstreckt. Sie gönnen den Palästinensern nicht ihren Staat, nicht einmal Flüchtlingslager, in die sie vertrieben wurden. Sie gönnen ihnen nicht ihre Familien, nicht ihre Kinder, nicht ihre Erinnerung, nicht ihr Leben und nicht einmal ihre Friedhöfe sollen Bestand haben.

Eine angekündigte Katastrophe

2024 konnte Hedges über Jordanien nach Ramallah in das Westjordanland reisen. In der Reportage «Das alte Übel» (Kapitel 1) beschreibt er die Machtverhältnisse in einem Land, das militärisch kontrolliert, von Siedlerbanden verdrängt und von einer hohen Mauer durchtrennt wird. Ein junger Mann fährt ihn mit seinem alten Mercedes durch dieses Land. Der Mann hat seine Arbeit nach dem 7. Oktober 2023 verloren. Er weiss nicht, wie er Frau und die vier Kinder, geschweige denn weitere Angehörige versorgen soll. Hedges notiert in knappen Sätzen, was dieser Mann zu sagen hat: «Die Menschen sind verzweifelt. Immer mehr hungern.»

Hedges besucht in Ramallah den Schriftsteller Atef Abu Saif, einen alten Freund. Der sass mit seinem Sohn nach dem 7. Oktober 2023 im Gaza-Streifen fest, wo sie Angehörige besucht hatten. Es dauerte Monate, bis Abu Saif über Ägypten nach Jordanien und von dort zurück nach Ramallah reisen konnte. Über diese Zeit schrieb er das Buch «Schau nicht nach links: Tagebuch eines Völkermords».

Dass Auszüge aus dem Buch in renommierten US-Zeitungen wie der «New York Times» und «Washington Post» erschienen, könnte darauf zurückzuführen sein, dass Abu Saif einmal Kulturminister in der palästinensischen Autonomiebehörde war. Doch die Welt schaute weg. Der Schriftsteller sagte zu Chris Hedges: «Ich lebe immer noch in Gaza». Sein Sohn sehe immer noch Leichen, sagte er. Er selber schlafe auf einer Matratze auf dem Boden, wie in dem Zelt in Gaza, wo er und sein Sohn lebten. Nachts liege er wach und denke «an diejenigen, die wir zurückgelassen haben und die auf den plötzlichen Tod warten».

Schreiben und Fotografieren in Kriegszeiten seien «Akte des Widerstandes», so Hedges über seinen Freund Abu Saif. Sie dokumentierten nicht nur Fakten, sondern auch «die Struktur und Heiligkeit der verlorenen Leben und Gemeinschaften, und die Trauer um sie». Sie zeigen der Welt, «wie sich Krieg anfühlt». Deshalb würden Schriftsteller, Fotografen und Journalisten von den Aggressoren im Krieg – auch von den Israelis – gezielt ausgelöscht. «Sie sind Zeugen des Bösen», so Hedges.

«Wenn ich sterben muss»

Der Dichter Rifaat Alareer, Professor an der Islamischen Universität Gaza, hatte einen Monat vor seinem gewaltsamen Tod ein Gedicht für seinen Sohn geschrieben hatte. Unter dem Titel «If I must die» («Wenn ich sterben muss») wurde das Gedicht weltweit bekannt und sozusagen zu seinem Vermächtnis. Alareer wurde am 8. Dezember 2023 bei einem israelischen Luftangriff getötet. Das Gedicht wurde in 80 Sprachen übersetzt – und doch scheint es niemand in Israel oder in den Regierungsgebäuden derjenigen, die Israel weiter bewaffnen, gelesen oder gar verstanden zu haben. Auch nicht in Deutschland, einst «Land der Denker und Dichter».

Hedges nimmt seine Leser mit bei seiner Fahrt und seinen Beobachtungen durch das besetzte, von Armee und Siedlern drangsalierte Westjordanland. Und vielleicht verwundert, wie auch der Autor, mag der Leser schliesslich feststellen, dass die Palästinenser trotz allem Rassismus, aller Zerstörungswut, aller Gewalt, die ihnen täglich entgegenschlägt, standhalten: «Sie weigern sich, sich zu unterwerfen», schreibt Hedges. «Sie leisten Widerstand trotz der Übermacht und schöpfen aus einem bodenlosen Brunnen der Verzweiflung noch die kleinsten Funken Hoffnung. Es gibt ein Wort dafür: heldenhaft.»

In dem Text über den «angekündigten Völkermord» geht Hedges weit in die Geschichte zurück. Er erklärt, was Israel in Gaza angetan habe, sei angekündigt worden: Die Enteignung des palästinensischen Landes oder die ethnische Säuberung, die sich zwischen 1948 und 1967 vollzog. Er schreibt über Dr. Abdel Aziz Al-Rantisi und Scheich Ahmed Ismail Hassan Yassin, die die Hamas gründeten. Al-Rantisi war ein angesehener, in Alexandria ausgebildeter Kinderarzt, Hedges kannte die Familie. Und so beschreibt er dessen Werdegang, der wenig mit dem «dämonisierten Bild der Hamas» zu tun hat, das in den Medien heute verbreitet wird.

Autonomiebehörde auf der Seite Israels

Hedges beschreibt die politischen Versuche der Palästinenser, sich zu einen und zu stärken und wie diese Mühen immer wieder von Angriffen der Israelis, Festnahmen, Verwüstungen zerstört werden. Die Hamas habe – anders als meist dargestellt – die Unterstützung einer Mehrheit der Palästinenser, nicht nur im Gaza-Streifen. Die Palästinensische Autonomiebehörde gelte nicht nur im Gaza-Streifen als Kollaborateur mit der israelischen Besatzungsmacht. Denn sie habe es nicht geschafft, die Menschen vor Verhaftungen, der Zerstörung ihrer Häuser, dem Tod ihrer Angehörigen gegen Israel zu schützen. Dafür wird sie von der EU und anderen bezahlt, die die Autonomiebehörde so zu «Reformen» drängt. Was so viel heisst: Kooperation mit Israel gegen die Hamas.

So werden viele zornige junge Palästinenser herangezogen, die von Israel nichts als Gewalt, Gefangennahme, Tod und Zerstörung kennengelernt haben. Die Jugendlichen würden Israel hassen, weil Israel sie hasse, so Hedges. «Jedes Schulkind, dem Böses angetan wird, tut wieder Böses.»

«Niemand ist gegen den Durst der Rache immun»

Zum besseren Verstehen erinnert Hedges an Chaim Engel, der am Aufstand im Nazi-Vernichtungslager Sobibor in Polen teilnahm. Er beschrieb, wie er im Lager einen deutschen Wachmann mit einem Messer angriff und tötete. Bei jedem Stich sagte er: «Das ist für meinen Vater, das ist für meine Mutter, das ist für alle diese Menschen, diese Juden, die Ihr getötet habt.» Was Engel dem Wachmann angetan habe, sei nicht weniger grausam gewesen als das, was die Hamas und andere Widerstandskämpfer im Oktober 2023 den Israelis antaten, so Hedges, «nachdem sie aus ihrem eigenen Gefängnis geflohen waren».

Ohne einen Zusammenhang herzustellen, ohne den Kontext zu kennen oder zu nennen, sei so ein Vorgehen «nicht zu verstehen». Man müsse den Hintergrund von 17 Jahren Gefängnis in Betracht ziehen. Man müsse den Kontext verstehen, um den Kreislauf von Gewalt zu durchbrechen, so Hedges. Niemand sei «gegen den Durst nach Rache immun».

Nach dem 7. Oktober 2023 reagierte Israel mit Rache. Die Tausenden von Toten auf palästinensischer Seite, darunter mindestens 20'000 Kinder, die massive Zerstörung wird bei der nächsten palästinensischen Generation wiederum Rache hervorbringen. Dieses Mal allerdings betrifft der Krieg nicht nur Palästina, sondern Libanon, Syrien, Iran, Jemen – eine ganze Region wird sich eines Tages gegen Israel und seine Partner wenden. Schon heute wird Israel von den arabischen Staaten als das Land beschrieben, das die gesamte Region destabilisiere.

Die Lobby

Hedges beschreibt detailliert, wie die israelische Regierung über das Ministerium für strategische Angelegenheiten die Öffentlichkeit in den USA beeinflusst. Er berichtet über eine verdeckte Recherche des katarischen Nachrichtensenders Al Jazeera mit dem Titel «Die Lobby – USA»: Ein Student, der sich als pro-israelisch ausgibt, dokumentiert mit versteckter Kamera, wie die israelische Regierung und der Geheimdienst Organisationen der Israel-Lobby in den USA benutzen, um Akademiker, Studierende, Journalisten oder Abgeordnete auszuspähen, welche beispielsweise Boykott, Desinvestition, Sanktionen oder die BDS-Kampagne unterstützen.

Besonders aktive Organisationen in den USA sind demnach ALPAC, StandWithUs und The Israel Project. Sie versuchen ausgespäte Personen öffentlich zu diffamieren, ihre Ehen, Beziehungen oder auch berufliche Karrieren zu zerstören. Abgeordnete im Kongress erhalten Einladungen in israelische Badeorte und Geldgeschenke, um pro-israelische Anträge im Kongress – beispielsweise für neue Waffenlieferungen – zu befördern.

Auf Druck Israels wurde damals die Ausstrahlung der vierteiligen Serie von Al Jazeera gestoppt. Allerdings wurden vorab erhaltene Kopien von Electronic Intifada, Orient XX1 (Frankreich) und von der libanesischen Zeitung Al Akhbar im Internet veröffentlicht.

Es folgte eine ähnliche Al Jazeera-Recherche über die Lobby in Grossbritannien. Ziel war auch hier, die BDS-Kampagne zu diffamieren und den Labour-Politiker Jeremy Corbyn zu stürzen. Die einzelnen Episoden und Serien können über die angegebenen Links angesehen werden.

Für die Auslandsspionage, die Einflussnahme auf Medien und Politik und Cyber-Aktivitäten zugunsten Israels ist das israelische Ministerium für strategische Angelegenheiten zuständig. Es kooperiert mit israelischen Geheimdiensten und israelischen Botschaften in den betroffenen Ländern. Aktivisten, die in diesem Sinne tätig werden, werden meist auch finanziert.

Dieses Engagement lief nach dem 7. Oktober 2023 zur Höchstform auf, israelische Fahnen wurden selbst auf den Marktplätzen und vor Rathäusern deutscher Städte gehisst. Die israelische Armee vernichtete derweil die Menschen in Gaza und ihre Lebensgrundlagen.

Das Buch von Chris Hedges bezieht sich in vielem auch auf die Ereignisse in den USA: die Verfolgung von Studierenden und Lehrpersonal, die Kriminalisierung der Solidaritätsbewegung, die Verbote von Protestcamps auf dem Campus der Columbia Universität New York, wo Hedges sich mit Aktivisten traf und immer wieder mit ihnen sprach. Er durchleuchtet die Vorgänge im Kongress, in Medien, die sich mehrheitlich dem Druck aus Israel beugten. Die USA sind der grösste Waffenlieferant an Israel, Protest und Widerstand gegen die Unterstützung des Völkermordes in Gaza waren dort besonders stark.

Deutschland liefert Waffen und Aufklärung

Deutschland allerdings steht nicht weit hinter den USA zurück und reagiert – wie die USA – mit massiver Kriminalisierung. Die Bundesregierung rückt immer enger an Israel und auch an die rechte Netanyahu-Regierung heran und hat während des Völkermordes in Gaza – bis auf eine kurze Frist – weiter Waffen und Aufklärung geliefert.

Deutsche Minister reisen häufig nach Israel und vereinbaren kulturelle und bildungspolitische Zusammenarbeit. Sie kaufen israelische «Verteidigungstechnologie», die in Gaza und im Westjordanland getestet und offenbar für gut befunden wurde. Sie vereinbaren gemeinsame Trainingsprogramme im militärischen und polizeilichen Bereich, israelische Drohnen-, Rüstungs- und Überwachungstechnologie bekommt ein festes Zuhause in Deutschland und soll in ausgemusterten Werken der deutschen Automobilindustrie (VW) angesiedelt werden.

Die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese, die von Hedges auch jenseits seines Buches zitiert und interviewt wird, hat aufgrund ihrer Recherchen wiederholt auf die Verantwortung der Bundesregierung, von Unternehmen, Universitäten und Forschungsinstitutionen hingewiesen, die eng mit der israelischen Armee kooperieren.

Als Hedges den «Brief an die Kinder in Gaza» verfasste, stand der Gaza-Streifen in Flammen. Ganze Familien wurden ausgelöscht, ihre Familienhäuser wurden über den Köpfen der Menschen zerbombt. Die israelische Armee verteidigte sich nicht, sie nahm Rache. «Wir haben Euch im Stich gelassen», heisst es am Ende des Briefes an die Kinder in Gaza, den Chris Hedges am 9. November 2023 geschrieben hatte.

Dieser Brief ist der abschliessende Text im Buch.

Dies ist eine leicht gekürzte Buchbesprechung, die Karin Leukefeld zuerst bei Globalbridge veröffentlichte. Zwischentitel von der Redaktion.

Globale Kipppunkte führen die Welt in einen Zustand der Entropie

von Peter Hanseler, uncut-news.ch, Oktober 1, 2026

Wir erleben nicht nur einen, sondern viele Kipppunkte der Weltgeschichte gleichzeitig. Die Welt befindet sich in einem Zustand der Entropie. Eine Analyse einer Situation, in der es nicht mehr möglich ist, Vorhersagen zu treffen.



Kipppunkte in der Geschichte

Es hat in der Geschichte viele Kipppunkte gegeben; um nur einige Beispiele zu nennen:

- Den Westfälischen Frieden von 1648
- Die Französische Revolution von 1789
- Den Wiener Kongress von 1815
- Den Ersten Weltkrieg 1918
- Den Zweiten Weltkrieg 1945

Viele dieser Wendepunkte führten zu Machtverschiebungen in Europa. Es handelte sich dabei lediglich um Machtübertragungen innerhalb der Welt, die wir heute den «kollektiven» Westen nennen. Beispiele hierfür sind der Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreichs, der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, des Osmanischen Reichs und des russischen Zarenreichs am Ende des Ersten Weltkriegs.

Diese Machtverschiebungen waren bedeutsam, und dennoch lässt sich das, was jetzt geschieht, nicht mit vergangenen Wendepunkten vergleichen, da sie den gesamten Globus umfassen. Die Zügel der Macht werden nicht innerhalb des Westens weitergereicht; vielmehr wird es eine Machtverschiebung in Richtung Osten und den «Globalen Süden» geben.

Vom Kipppunkt zur Entropie

Das Ausmass, die Zahl der beteiligten Nationen, die geographische Reichweite und die Geschwindigkeit, mit der sich die aktuellen geopolitischen Krisen entfalten, sind wahrhaft erstaunlich.

Die Ukraine als Kriegsplattform für die USA, die NATO, die EU und Russland

Russland wird militärisch siegen

Ein Blick auf die Militärberichte von der Front macht jedem Beobachter klar, dass Russland seine militärischen Ziele erreichen wird. Zwar hätte Russland den Donbas, Cherson und Saporischschja möglicherweise aufgegeben, wenn im Frühjahr 2022 ein Friedensabkommen erfolgreich zustande gekommen wäre – doch ein solches Abkommen ist unter den gegenwärtigen Umständen unrealistisch, da Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson seit September 2022 Teil der Russischen Föderation sind. Wie weit der russische Militärvormarsch gehen wird, ist derzeit unklar. Ich habe dies in meinem Artikel «Der Sommer, in dem der Frieden starb» kommentiert, auf den ich verweise. Für die Lage an der Front verweise ich erneut auf Military Summary; ich verfolge diesen Kanal seit fast fünf Jahren, und er berichtet objektiv.

Katastrophale Mobilisierungslage in der Ukraine

Es gibt Tausende von Videos, die zeigen, wie junge Männer in der gesamten Ukraine wie Tiere auf den Strassen gejagt werden, um sie zwangsweise zu rekrutieren. In letzter Zeit kursieren jedoch auch Videos, die zeigen, wie einige der Zwangsrekrutierten ohne Uniformen und sogar in Handschellen – wie Kriminelle – an die Front transportiert werden, damit sie nicht fliehen können. Ich überlasse es den Lesern, über die Kampfkraft dieser Männer gegenüber kampferprobten und motivierten russischen Soldaten nachzudenken.

Der jüngste Schritt der ukrainischen Militärführung besteht in der Zwangsrekrutierung von Frauen. Angesichts dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass Scott Ritter erklärt hat, die Ukrainer verlören 30mal mehr Soldaten als Russland. Im Westen hören wir nichts über diese unmenschliche Behandlung der eigenen Soldaten in der Ukraine.

Ukrainische Freiwillige, die später spurlos verschwanden, sollen Drohnen und künstliche Intelligenz eingesetzt haben, um die Zahl der Soldatengräber in der gesamten Ukraine zu zählen. Sie zählten 2'000'054 Gräber. Hinzu kommen die von ihren Angehörigen in Massengräbern verscharrten Toten und die Verwundeten – die Verluste der Ukrainer erscheinen tatsächlich astronomisch. Dennoch behauptet Selensky, dass nur 50'000 ukrainische Soldaten gefallen seien. Vor einigen Wochen nahm ich in Russland an einer Beerdigung teil. Die Soldatengräber sind leicht an der russischen Fahne und der Fahne der Einheit des Gefallenen zu erkennen. Es gab Soldatengräber, aber kein Fahnenmeer wie in der Ukraine.

Ein militärischer Sieg löst Russlands geopolitisches Problem nicht

Was militärisch erreicht werden muss, wird Russland erreichen; das löst jedoch nicht Russlands geopolitisches Problem an seiner Westgrenze, denn das Ziel sind nicht neue Territorien, sondern Frieden im Westen – ein Ziel, das Russland buchstäblich seit Jahrhunderten anstrebt und nie erreichen konnte. Immer wieder wurde Russland vom Westen angegriffen und hat regelmässig einen hohen Preis in Blut, Geld und industrieller Kapazität bezahlt – Ressourcen, die für Militärausgaben statt für zivile Zwecke aufgewendet wurden. Infolgedessen wurde Russlands gesellschaftliche Entwicklung wiederholt zurückgeworfen.

Wenn Russland mit den Grossmächten im Bereich der zivilen Wirtschaft nachhaltig Schritt halten will, ist die zuverlässige Sicherung seiner Westgrenze eine absolute Voraussetzung. Obwohl Russland die einzige Industrienation der Welt ist, die selbstversorgt und damit in der Lage ist, einen Jahrzehnte dauernden Krieg zu führen, würde eine solche Konfrontation das Land massiv daran hindern, seine eigentlichen Entwicklungsziele zu erreichen.

Die mangelnde Glaubwürdigkeit der USA bei Verhandlungen mit Russland

Die mangelnde Glaubwürdigkeit der USA in den Augen Russlands ist vielschichtig. Am 15. September sagte Aussenminister Lawrow wörtlich:

«Wenn die Amerikaner nicht von den Anchorage-Vereinbarungen abgerückt wären, wenn Europa sie nicht von diesen Vereinbarungen weggezogen hätte, würden wir jetzt seit einem Jahr ohne Krieg leben.»

– Sergej Lawrow, 15. September 2026

Unter diesem Abkommen hätte Russland erhebliche Zugeständnisse gemacht. Russland hätte den Donbas behalten, den Konflikt in Saporischschja und Cherson eingefroren und auf weitere Territorien verzichtet. Objektiv betrachtet war dies ein schlechtes Abkommen für Russland, zeugte aber von der erheblichen Kompromissbereitschaft der Russen. Die Russen gingen davon aus, dass diese mündliche Vereinbarung als Gentlemen's Agreement bindend sei. Gentlemen's Agreements sollte man jedoch nur mit Gentlemen schliessen. Die Amerikaner haben die Russen eines Besseren belehrt. Die Russen sind über diesen Vorfall bestürzt und mussten eingestehen, dass mit der US-Regierung keine Vereinbarungen möglich sind. Persönlich bin ich überrascht, dass diese Erkenntnis so spät kam. Selbst schriftlichen Vereinbarungen mit der US-Regierung ist nicht zu trauen. Dies zeigte sich beim Bruch des Memorandums of Understanding, das die Amerikaner im Juni mit Iran unterzeichneten. Man muss daher zu dem Schluss kommen, dass dieser Konflikt – oder jeder Konflikt, in den die USA direkt oder indirekt verwickelt sind – bis zum bitteren Ende ausgefochten werden muss. Eine bittere Lektion für jeden Vertragspartner der USA.

Das Eskalationsrisiko ist erheblich

Die Ukraine versucht verzweifelt, die NATO offiziell in diesen militärischen Konflikt hineinzuziehen. Es ist erstaunlich, dass europäische Länder – allen voran Deutschland und das Vereinigte Königreich – nicht nur ihre Bereitschaft dazu signalisieren, sondern tatsächlich alles tun, um ihre Bevölkerungen auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten.

Anstatt viele Namen zu nennen, nehmen wir Sir Jacob Rees-Mogg – ehemaliger Kabinettsminister und Parlamentsabgeordneter für North East Somerset – als Beispiel. In diesem Ausschnitt aus einem Interview vergleicht er die Situation mit Russland – ohne es zu benennen – mit den Situationen während des Ersten und des Zweiten Weltkriegs.

Junge Menschen werden damit aufgerufen, sich auf einen Krieg gegen Russland vorzubereiten. In Deutschland sind solche Bemühungen kläglich gescheitert. Von den mehr als 300'000 befragten jungen Deutschen meldeten sich nur 0,17 Prozent freiwillig zur Bundeswehr. Darüber hinaus kam vor einigen Tagen ans Licht, dass die Bundeswehr selbst keine 5000 Freiwilligen für ein Bataillon in Lettland finden konnte.

Es ist unbegreiflich, was diese europäischen Länder ausser Propaganda treiben. Selbst zusammen verfügen die europäischen Länder nicht über Streitkräfte, die ihnen auch nur die geringste Chance gäben, den russischen Streitkräften standzuhalten. Die Russen sind von dieser Farce in Europa keineswegs beeindruckt – sie sind davon angewidert. Ich gehe davon aus, dass diese Kriegspropaganda in Europa lediglich dazu dient, das antirussische Narrativ aufrechtzuerhalten.

Sowohl Präsident Putin als auch Aussenminister Lawrow haben wiederholt betont, dass sie kein Interesse daran haben, NATO-Ziele ausserhalb der Ukraine anzugreifen. Wenn europäische Länder jedoch töricht genug sind, auch nur kleine europäische Militärkontingente in die Ukraine zu entsenden, könnte sich die Situation abrupt ändern.

Das grösste Eskalationsrisiko im Moment besteht darin, dass die Europäer, vermutlich in Zusammenarbeit mit den Amerikanern, einen Anschlag unter falscher Flagge in Europa planen, um irgendwie Artikel 5 der NATO-Charta auszulösen. Dem Geopolitik-Analysten Warren Thornton zufolge laufen die Vorbereitungen für solche Anschläge unter falscher Flagge auf Hochtouren. Er schreibt auf X:

Ob diese Theorie zutrifft, kann ich nicht sagen, aber es ist keineswegs abwegig, dass die Europäer zu einem so ungeheuerlichen Schritt bereit wären.

US-amerikanische Militärkampagnen im Nahen Osten ab 2001

Blickt man auf die vergangenen 25 Jahre zurück, so haben die USA seit 2001 versucht, den Nahen Osten nach der Wolfowitz-Doktrin umzugestalten. Keiner der Kriege, die die USA in diesem Zeitraum begonnen haben (Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, Jemen, Somalia usw.), war erfolgreich. Tatsächlich war bereits damals erkennbar, dass dem Hegemon die Ressourcen, die Militärstrategie, die Stärke und die Glaubwürdigkeit fehlten, die für erfolgreiches Handeln notwendig gewesen wären. Wenn man jedoch davon ausgeht, dass die eigentliche Absicht Destabilisierung und Chaos waren, waren sie äusserst erfolgreich. Dennoch kehrten sie zum Plan zurück – in Zusammenarbeit mit Israel, offenbar nachdem es Israel gelungen war, die amerikanische Politik vollständig zu untergraben.

Israel: Genozid und Gross-Israel

Das unmittelbare Startsignal für die Projekte «Genozid» und «Gross-Israel» wurde am 7. Oktober 2023 gegeben, als eine Militäroperation der Hamas in einen Anschlag unter falscher Flagge umgedeutet wurde, um den Genozid an Frauen, Kindern und anderen Zivilisten in Gaza und später im Westjordanland und im Libanon zu rechtfertigen. Dies wiederum diente als Startsignal für die Fortsetzung des Gross-Israel-Projekts; zunächst wurden Syrien und der Libanon angegriffen. Obwohl die westliche Presse Israels Völkermord und imperialistische Aktionen nicht nur verharmlost, sondern vollständig unterstützt und anfacht – einschliesslich der Medien der «neutralen» Schweiz –, wird Israel in der allgemeinen Öffentlichkeit der westlichen Welt mit zunehmendem Argwohn betrachtet. Laut Pew Research beurteilen 60 Prozent der Amerikaner Israel negativ. Die westlichen Medien vermitteln damit ein Bild, das in der breiten Öffentlichkeit keinen Widerhall findet.

Als der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu am Donnerstag ans Podium trat, um vor der Vollversammlung zu sprechen, verliessen die Delegierten der UN-Generalversammlung in Scharen den Saal. Netanjahu nannte diese Delegationen «moralische Feiglinge» – mit anderen Worten: Völkermord erfordert Mut. Mir fehlen die Worte.

Ein interessantes Foto zeigt den Plenarsaal während der Reden von Netanjahu und Peseschkian.

Es ist mir wichtig, meine westlichen Leser immer wieder daran zu erinnern, was sich gerade vor unseren Augen in Gaza abspielt – Augen, die viele zu schliessen vorziehen.

Massive Eskalation im Nahen Osten – Kontrollverlust

Ab Februar 2026 begannen sich die Ereignisse noch weiter zu beschleunigen. Seitdem ist im Nahen Osten für den Westen und Israel alles schiefgelaufen. Der Globale Süden hat dem Westen die Initiative bereits entzogen. Während Iran sich zunächst darauf beschränkte, auf amerikanisch-israelische Aggression zu reagieren, sind es nun die Iraner und die jemenitische Ansar-Allah-Bewegung, die das Tempo vorgeben.

Ansar Allah gelang es in sehr kurzer Zeit, die gesamte Westküste des Jemen unter seine Kontrolle zu bringen und kontrolliert damit nicht nur die Meerenge Bab el-Mandab, sondern auch die vorgelagerte Insel Perim Mayyun. Nahezu ohne westliche Medienberichterstattung geht der Vormarsch weiter, und es ist durchaus möglich, dass Aden bald eingenommen wird.

Darüber hinaus wurde die Ost-West-Pipeline der Saudis lahmgelegt und Ziele in der Nähe von Riad angegriffen. Bislang waren die Saudis nicht in der Lage, eine ernsthafte militärische Reaktion auf diesen Grossangriff zu zeigen, da sie dazu allein offenbar nicht in der Lage sind und wiederholte Hilferufe an Trump und andere vergeblich blieben. Auch die Mekka-Allianz, die Pakistan, Saudi-Arabien und die Türkei in einem Militärbündnis zusammenschliesst, scheint der Vergangenheit anzugehören, da selbst diese «Freunde» die Unterstützung verweigerten.

Präsident Macrons grossartige Ankündigung, Truppen nach Saudi-Arabien zu entsenden, wird daran nichts ändern. «Arabien» heisst Saudi-Arabien, weil dieses Land von einer Familie – einem Stamm – regiert wird: den Sauds. Ein Stamm, der von den Amerikanern beschützt wird. Innerhalb Saudi-Arabiens gibt es jedoch ungefähr 100 weitere Stämme. Es ist durchaus möglich, dass diese sich mit Ansar Allah zusammentun und das Haus Saud stürzen könnten. Das Haus Saud hat keine Einnahmen mehr und scheint nicht mehr in der Lage zu sein, alle zu bestechen, die eine Bedrohung darstellen könnten – wie es bisher der Fall war. Es besteht die Chance, dass das Kartenhaus der Sauds zusammenbricht – und wenn das passiert, würde ich keinen Pfifferling auf die verbleibenden Golfstaaten geben.

Alastair Crooke hat auch mehrfach darauf hingewiesen, dass diese Dynamik auf den Irak übergreifen könnte, eine weitere jahrtausendealte Zivilisation neben Iran. Falls das geschieht, wird wahrscheinlich auch Kuwait fallen. Ein weiterer Konfliktherd ist in Jordanien zu erkennen. Es ist daher durchaus möglich, dass die gesamte Struktur im Nahen Osten, die die Briten vor rund 100 Jahren errichtet haben, innerhalb weniger Monate zusammenbrechen könnte – ohne dass die Amerikaner in der Lage wären, diesen Tsunami aufzuhalten. Arabien den Arabern, Persien den Persern, und die Amerikaner endgültig draussen. Sollte dies eintreten, wird Israel vom Täter zum Ziel; von einem Opfer kann in diesem Zusammenhang gewiss keine Rede sein. Wie die aufstrebenden Grossmächte des Nahen Ostens mit den völkermordenden Zionisten umgehen

werden, sollte denen überlassen bleiben, die die grössten Verluste erlitten haben – denn Palästinenser sind Araber.

Europa

In Europa zeigt das Chaos erneut sein Gesicht. Deutschland ist das erste Land – einst führende Exportnation der Welt und Grossmacht in der EU –, das Gefahr läuft, politisch unregierbar zu werden. Die Alternative für Deutschland (AfD), die von den bislang dominierenden Parteien als rechtsextrem und Hitler-gleich abgestempelt und durch eine sogenannte Brandmauer von der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen wurde, hat nicht nur erdrutschartige Siege bei zwei Landtagswahlen in Ostdeutschland errungen, sondern führt auch in bundesweiten Umfragen die CDU mit einem deutlichen Vorsprung an (30 zu 20 Prozent). Kanzler Merzens Zustimmungsrate liegt bei 10 Prozent – ein Barometer, das die Unzufriedenheit des Volkes offenbart und jeden wirklich demokratischen Kanzler zum Rücktritt getrieben hätte. Ob die Deutschen in Anbetracht dieser politischen Lage die Fäuste ballen und, wie in der Vergangenheit, nichts tun, bleibt ungewiss. Der Sturz des Kanzlers wäre gut für Deutschland. Die AfD ist die einzige grosse Partei, die Dialog und Frieden mit Russland anstrebt – was nicht nur für diese einst florierende Industrienation dringend notwendig ist, sondern auch eine Voraussetzung ist, ohne die sie wirtschaftlich nicht überleben kann. Die Alternative zu einem echten und grundlegenden politischen Wandel in Deutschland ist der von Kanzler Merz und den herrschenden politischen Eliten angestrebte Krieg gegen Russland. Als Deutschland zuletzt 1941 gegen Russland in den Krieg zog, schickte Adolf Hitler 3,7 Millionen Soldaten nach Osten – und scheiterte, trotz des Völkermords der Deutschen, der das Leben von rund 17 Millionen Zivilisten kostete. Wie bereits erläutert, ist die Bundesrepublik Deutschland heute nicht in der Lage, eine Brigade von 5000 Freiwilligensoldaten für die baltischen Staaten aufzustellen. Dies scheint den Kanzler nicht zu beunruhigen – ein deutliches Zeichen für den Wahnsinn, der von ihm Besitz ergriffen hat. Das ist ein klarer Beleg dafür, dass er im Interesse einer Macht ausserhalb Deutschlands handelt. Man wäre ein schlimmer Mensch, wenn man glaubte, das habe etwas mit seiner BlackRock-Vergangenheit zu tun. Diejenigen, denen es gelungen ist, ihn als Kanzler zu installieren, können sich auf die Schulter klopfen – sie haben sich eine Marionette zum Schnäppchenpreis von ein paar Millionen gesichert.

Der folgende Clip zeigt, wie die neue Führung in Berlin sich präsentiert – die Linke hat übernommen. Keine Worte nötig:

Die Lage im übrigen Europa ist nicht ermutigender. Die Präsidentschaftswahl in Frankreich findet im April 2027 statt. Macron darf nicht mehr kandidieren, und Marine Le Pen liegt mit einem erheblichen Vorsprung vor den anderen Kandidaten. Die Situation ähnelt damit der in Deutschland: eine Partei, die von den derzeit regierenden Parteien als rechtsextrem angeprangert wird, ist bei der Bevölkerung am beliebtesten. Le Pens Haltung zu Frieden mit Russland ist unklar – sie scheint mit gespaltener Zunge zu sprechen: einerseits will sie einen ausgehandelten Frieden, unterstützt aber gleichzeitig die Ausbildung ukrainischer Truppen. Eine erfahrene Politikerin, die sich so positioniert, dass sie möglichst viele Stimmen einsammelt. Frankreichs Finanzlage ist düster, ohne Silberstreifen am Horizont. Der Anstieg des Zinssatzes auf zehnjährige französische Staatsanleihen war in den vergangenen zwölf Monaten noch steiler als in jedem anderen europäischen Land.

Trump

Präsident Trumps Politik erscheint nur auf den ersten Blick schwer zu verstehen. Sein ständiges Hin und Her in Bezug auf die Ukraine, Iran und Israel ist kontraproduktiv und schadet dem Ansehen der USA auf der Weltbühne. Der Grund für Trumps gegenwärtiges Handeln sind die Zwischenwahlen im November. Trump kämpft mit den hohen Ölpreisen, die er selbst verursacht hat und die er nur durch Manipulation der Futures-Märkte daran hindern kann, ausser Kontrolle zu geraten. Die tatsächlichen Marktpreise liegen jedoch 30 bis 50 Prozent über den manipulierten, fiktiven Futures-Preisen. Dass Futures-Preise tatsächlich manipuliert werden, zeigt sich beispielsweise an den Dieselpreisen an den Tankstellen, die sich weltweit nur in eine Richtung bewegen und ein nie dagewesenes Niveau erreicht haben. Diesel ist das Lebenselixier der amerikanischen Wirtschaft, und hohe Preise sind einer der grössten Inflationstreiber, da praktisch alle Güter per Lkw transportiert werden, die Landwirtschaft davon abhängt und grosse Teile der Industrie auf Diesel angewiesen sind. Trumps jüngste Farce: Er gibt Selensky die Schuld an den hohen Dieselpreisen, weil die Ukraine russische Raffinerien angreift – und tut dies einzig und allein, um von den grössten Preistreibern abzulenken: den Blockaden von Hormus und Bab el-Mandab.

Irgendwie will Trump die Dinge wenden, aber es sieht aus, als würde er die in etwa sechs Wochen anstehenden Zwischenwahlen verlieren. Laut Polymarket, einem amerikanischen Online-Vorhersagemarkt, auf dem Nutzer auf zukünftige Ereignisse wetten – wobei die Marktpreise kollektive Wahrscheinlichkeitsschätzungen widerspiegeln –, liegt die Wahrscheinlichkeit, dass die Republikaner ihre Mehrheiten im Repräsentantenhaus und im Senat verlieren, bei 66 Prozent. Sollte das eintreten, werden Trump wahrscheinlich Amtsenthebungsverfahren drohen. Er läuft dann Gefahr, von einer lahmen Ente zur toten Ente zu werden.

und durch seinen Wendehals-Vizepräsidenten Vance ersetzt zu werden – keine vielversprechende Aussicht für die Vereinigten Staaten.

Trumps letzter Auftritt in dieser Woche vor der UN-Generalversammlung war ein Zeugnis seines psychopathischen Wesens: Er kündigte an – nota bene nach der Wahl –, dass er Iran entweder zu einem reichen Land machen oder es vollständig auslöschen werde.

Trump ist genauso schlimm wie Adolf Hitler. In seiner Rede im Berliner Sportpalast am 4. September 1940 sagte Hitler: «Wir werden ihre Städte auslöschen.» Trump will eine 5000 Jahre alte Zivilisation auslöschen – selbstverständlich ohne jede Rechtsgrundlage –, und verhält sich dabei wie ein Gott. Damit ruft Trump öffentlich zum Genozid an einer gesamten Zivilisation auf. Man könnte sich fragen, ob er ins Gefängnis oder in die Psychiatrie gehört – aber die Tatsache, dass er solche Aussagen vor einem globalen Publikum ungestraft machen kann, zeigt, in welche Tiefen die westliche Zivilisation gesunken ist. Ich verweise auf eine Rede, die ich am 3. September in der Schweiz gehalten habe.

Die Finanzmärkte

Ich habe zahlreiche Kommentare zur Instabilität der Finanzmärkte abgegeben. Nun scheinen meine düsteren Prognosen Wirklichkeit zu werden. Neben den Überbewertungen an den Aktienmärkten habe ich wiederholt auf die unhaltbare Situation an den Anleihemärkten hingewiesen. Unter den hellsichtigeren Marktteilnehmern beginnt Angst aufzukommen. Herr Bessent hat die Kontrolle über die Zinssätze verloren. Am 28. August 2026 sah ich mir den durchschnittlichen Zinssatz an, den die USA auf ihre Schulden zahlen mussten; damals betrug er 3,35 Prozent (Mai), was zu einer jährlichen Zinslast von 1340 Milliarden führte. Heute liegt dieser Durchschnittszinssatz bei 3,49 Prozent (August); der Schuldenberg beläuft sich derzeit auf 40'070 Milliarden, ist also bereits um weitere 70 Milliarden gestiegen. Die jährlichen Zinszahlungen sind damit in diesem kurzen Zeitraum um 56 Milliarden auf 1396 Milliarden pro Jahr gestiegen.

In den vergangenen 28 Tagen ist die Rendite der zehnjährigen US-Staatsanleihe von 4,722 auf 5,185 Prozent gestiegen – ein Anstieg von 0,46 Prozent. Es sieht nicht danach aus, als würde sich dieser Trend ändern. Setzt sich dieses Tempo fort, wird nicht nur der Staatsanleihemarkt kollabieren, sondern auch die turmhohen Schuldengebirge im KI-Sektor. Dasselbe Bild zeigt sich in Europa und Japan. Die Frage ist nicht ob, sondern wann der Zusammenbruch kommt – und wen die USA zuerst fallenlassen werden: die Japaner oder die Europäer. Das ist meine persönliche Meinung. Was das Timing betrifft, liege ich regelmässig falsch, was mich gelehrt hat, an diesen Märkten nicht aktiv zu sein. Ich habe das grosse Privileg, mich regelmässig mit einem der erfolgreichsten Investoren der Welt zu treffen. Bei unserem letzten Treffen stimmte er mir grundsätzlich zu, bemerkte jedoch, dass ich mir unmöglich vorstellen könne, welche Tricks und Mittel den Amerikanern noch zur Verfügung stünden, um das Unvermeidliche hinauszuzögern.

Das Ausmass dieser Krise wird alles in den Schatten stellen, was die Menschheit je gesehen hat. Im Vergleich zu heute war die Krise von 2008 ein Spaziergang durch einen sonnigen Park mit einem köstlichen Picknick. Ein solcher Zusammenbruch im Westen wird auch die geopolitische Handlungsfreiheit der betroffenen Länder beeinträchtigen; plötzlich werden alle sehr mit ihren eigenen Problemen beschäftigt sein. Ob dies zu einer Eskalation im geopolitischen Bereich führen wird, weiss niemand. Sicher ist jedoch, dass die «Experten» – die die Märkte noch immer mit jubelnden Rufen vorantreiben – feierlich erklären werden, dass dies einfach nicht vorhersehbar gewesen sei – wie immer.

Entropie

All diese einzelnen tektonischen Verschiebungen führen zu dem, was man als Entropie beschreiben kann – einem Begriff aus der Thermodynamik. Auf die Geopolitik angewandt, beschreibe ich die Situation als einen massiven, unumkehrbaren Zustand der Unordnung und Unsicherheit innerhalb der verschiedenen internationalen Systeme. Bestehende Machtstrukturen, Regeln, Institutionen und Hierarchien verlieren ihre Bindekraft, und eine neue Ordnung, die Stabilität versprechen würde, ist nicht in Sicht.

Der kollektive Westen, der bis vor kurzem fest die Zügel in der Hand hielt, ist nicht bereit, Kompromisse zu machen, um seine Stellung als Hegemon nicht zu gefährden.

Der Globale Süden, vom raschen Tempo der Ereignisse überrascht, hat noch keine kohärente, einheitliche und effektive Politik entwickelt, um dem Westen die Macht zu entreissen.

Es scheint, dass der Globale Süden, unter der militärischen Dominanz Russlands, Chinas und – neuerdings – Irans als vierter grosser Militärmacht dabei ist, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen und seine Bemühungen zu koordinieren, was letztlich zu seinem Sieg führen wird.

Wie lange das dauern wird und ob der Westen Atomwaffen einsetzen wird, um seine Hegemonie aufrechtzuerhalten, bleibt abzuwarten – wenngleich ich hierzu meine Zweifel anmelden möchte. Bisher glaubte nur Adolf Hitler, dass Deutschland mit ihm untergehen solle. Hoffen wir, dass kühlere Köpfe die Kontrolle über die apokalyptischen Knöpfe haben.

Verlieren wir nicht alle Hoffnung in die Menschheit.

Quelle: Global Tipping Points Lead the World Into a State of Entropy. Übersetzung: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/globale-kippunkte-fuehren-die-welt-in-einen-zustand-der-entropie/>

Bitte zeige diesen Artikel Deinen Besuchern!

Die Dummen und Gleichgültigen sowie Verantwortungslosen der Schweizer-Bevölkerung, die auf die landesverräterischen Floskeln aus Bern hörten und gegen die Neutralitätsverankerung in der Bundesverfassung stimmten, können nun am Artikel von Koenig eine Nase voll nehmen: Wie dumm, einfältig und des Denkens unfähig der grösste Teil der Schweizer-Bevölkerung ist, beweist die Ablehnung der Neutralitätsinitiative, folglich nun die Berner-Regierung machen kann was sie will, so sie in Zukunft die Schweiz mit Haut und Haar der NATO und der EU verscherbeln und sie wider die Neutralität in jeden Krieg hineinziehen lassen kann.

Ein noch urchig-richtiger Schweizer, N.B.



depositphotos.com

Die NATO kommt: «Krieg kommt, Krieg kommt», «Bereitet eure Kinder zur Verteidigung Europas vor». Niederlage der Schweizer Neutralitätsinitiative

Peter Koenig, uncut-news, Oktober 2, 2026

«Krieg kommt, Krieg kommt» – es ersetzt nominell das «Die Russen kommen, die Russen kommen ...», und ja, es ist ein Gehirnwäschekrieg, und die NATO gewinnt ihn.

Die NATO kontrolliert ganz Europa über ihren langen Arm, die Europäische Union, die ihrerseits von der NATO minutiös gelenkt wird.

Die NATO hat gerade in der Schweiz gegen eine Volksinitiative für Neutralität gewonnen.

Durch die Kriegspropaganda der Schweizer Regierung einer Gehirnwäsche unterzogen, lehnten die Schweizer die Neutralitätsinitiative (NI) mit über 70 Prozent ab.

Die NI verlangte, dass die Schweiz tatsächlich ein neutrales Land sei und dass die Neutralität in der Schweizer Bundesverfassung verankert werde, was bislang nicht der Fall ist.

Was für überzeugte NATO-Anhänger ebenfalls wichtig zu wissen ist: «Die drei Musketiere» – einer für alle und alle für einen –, der berühmte Artikel 5 der NATO-Satzung, gilt nicht mehr universell, wenn er das jemals getan hat.

Kurz gefasst: Der Artikel benennt den NATO-Grundsatz der kollektiven Verteidigung. Er besagt, dass ein bewaffneter Angriff auf einen Mitgliedstaat als Angriff auf alle Mitglieder gilt.

Präsident Trump hat jedoch unmissverständlich klargemacht, dass die USA nicht mehr in Europa eingreifen würden; dass die europäischen NATO-Staaten für ihre eigene Verteidigung zuständig seien, dass sie zahlen müssten und bis 2035 rund 5 Prozent ihres BIP für ihren eigenen Militäretat aufwenden müssten, da die USA in der Vergangenheit genug bezahlt hätten. Es sei nun an den Europäern, für ihre eigenen bzw. NATOs Verteidigungs- (Kriegs-)kosten aufzukommen.

Der Wortlaut von Artikel 5 ist vage genug, um Raum für verschiedene Interpretationen zu lassen. Von Europa bis Ostasien stehen US-Verbündete vor einer schwierigen Frage: Wie weit würde Washington gehen, um sie zu verteidigen?

Begreift die Schweizer Regierung, die sich der NATO immer weiter annähert – oder, wie man es auch nennen könnte, sich intim mit der NATO einlässt –, was es bedeutet, von der NATO abhängig zu sein? Wahrscheinlich schon, und auf die eine oder andere Weise wird Druck auf sie ausgeübt, über die EU zu einer weiteren NATO-Marionette zu werden. Es gibt viele Arten des «Druckausübens», einige davon grenzen an Erpressung.

Seien wir aber auch realistisch. Nicht aller Druck kommt von aussen. Es gibt gewaltige Wirtschaftsinteressen innerhalb der Schweiz, die engere Beziehungen zur NATO wollen, und das beste Vehikel dafür ist die EU.

Es ist eine wenig bekannte oder verstandene Tatsache, dass die Schweiz möglicherweise das einzige westliche Industrieland ist, das ihren Parlamentariern erlaubt, so viele Verwaltungsratsmandate in Konzernen, Banken, Versicherungsgesellschaften – was auch immer – zu bekleiden, wie sie möchten. Manche haben bis zu 30 Direktorenmandate.

Wo liegen wohl ihre primären Interessen? Gewiss nicht beim Volk, das sie vertreten sollen, sondern beim Unternehmensbereich, den sie repräsentieren.

Abgesehen von der kommenden NATO-Abhängigkeit zur Verteidigung gegen die russische Gefahr – die reine Angstphantasie und eingebildet ist, NICHT EXISTIERT, NIE EXISTIERT HAT – müsste die Schweiz ihren Militäretat bis 2035 von derzeit 6,3 Milliarden Franken (7,6 Milliarden Dollar bzw. 0,7 Prozent des BIP) auf zwischen 30 Milliarden Franken (3,5 Prozent des BIP) und 43 Milliarden Franken (5 Prozent des BIP) steigern – eine bis zu fünffache Erhöhung.

Woher käme das Geld? Stets aus denselben Quellen wie in Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und allen EU-Ländern – den Sozialbereichen: Renten, Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenunterstützung und andere Armutsbekämpfungsprogramme.

Mit anderen Worten: Gemessen an Schweizer Lebensstandards lag die Armutsgefährdungsquote 2025 bereits bei 16,4 Prozent – das heisst, einem Einkommen unter 60 Prozent des nationalen Medians. Die Armutsquote liegt bei 8,4 Prozent. In der Schweiz, einem der vermeintlich reichsten Länder der Welt, ist es ein Tabu, über Armut zu sprechen. Diese Militärausgaben würden durch verschiedene Steuererhöhungen, vor allem aber durch die Kürzung von Sozialausgaben finanziert. Dies könnte zusammen mit dem stetigen Zustrom von Einwanderern die Schweizer Armutsquote im kommenden Jahrzehnt erheblich steigen lassen. Die Menschen müssen wissen, was sie zu erwarten haben, wenn sie ihrer Regierung erlauben, den NATO-Kurs fortzusetzen. Man bedenke: Diese Mittel aus dem Militärbudget werden grösstenteils in den US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplex fliessen, oft für überbeuerte Militärausrüstung – F-35-Kampflugzeuge (für die kleine Schweiz völlig ungeeignet) und Patriot-Abwehrsysteme (ebenfalls wirkungslos gegen moderne Kriegeraketen), die noch nicht einmal geliefert wurden – und wenn und falls sie geliefert werden, könnten sie veraltet sein oder Jahre brauchen, bis sie mit ausgebildetem Militärpersonal ordnungsgemäss installiert sind.

Die NATO und ihre Kriege töten – das heisst, Bevölkerungsreduktion mit allen Mitteln (ein Kernelement der UN-Agenda 2030) – und machen dadurch die Reichen reicher. Jene Zionisten, die die Banken, die Wall Street, die City of London und natürlich den weltweiten militärisch-industriellen Komplex kontrollieren, kanalisieren Milliarden in dieselben Milliardenrastas, während der Rest der Welt – hauptsächlich Europa und in gewissem Masse die USA – täglich ärmer wird.

Um beim «Krieg kommt»-Syndrom und der europäischen NATO-Vorherrschaft zu bleiben: NATOs Erdrutschsieg mit einem 70-Prozent-NEIN gegen die Neutralitätsinitiative ist eine kalte Lektion für andere europäische Neutralitätskandidaten – insbesondere Österreich und Irland.

Zur kurzen Erinnerung: 1815, nach Napoleons Niederlage, einigten sich die europäischen Mächte (Österreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Russland, Portugal, Spanien, Schweden) darauf, dass die Schweiz ein dauerhaft neutraler und unabhängiger Staat werden solle – teilweise weil die Schweizer Neutralität als im allgemeinen Interesse der europäischen Sicherheit liegend betrachtet wurde.

Dies war keineswegs eine der Schweiz aufgezwungene Neutralität. Zwischen 1813 und 1815 suchten die Schweizer Behörden aktiv nach internationaler Anerkennung der Schweizer Neutralität. Die Schweizer Neutralität war daher sowohl eine Schweizer politische Entscheidung als auch ein nach 1815 international anerkannter und garantierter Status.

Warum wurde dieser internationale Neutralitätsvertrag nie in der Schweizer Bundesverfassung verankert, zum Beispiel 1848, als die aktuelle Verfassung erarbeitet wurde?

Ein «Ja»-Votum am 27. September 2026 (letzten Sonntag) hätte die Schweiz zu einem Land der «Guten Dienste» gemacht – einem Land, das bei Diplomatie hilft, zwischen kriegführenden oder im Konflikt befindlichen Parteien vermittelt, das Menschenrechte und die Genfer Konventionen durchsetzt, das KEINE Sanktionen verhängt, nur weil es dazu aufgefordert wird oder Geschäftsinteressen einem EU- oder US-«Sanktionsprogramm» folgen wollen – etwa der Sanktionierung Russlands, eines Landes, das der Schweiz nie Schaden zugefügt hat.

Die Schweiz wäre eine Nation geworden, die jeden anderen Staat gleich behandelt – keine Begünstigungen hier und Bestrafungen dort. Keine Sanktionen, sondern Unterstützung bei der Lösung von Problemen.

Die einzigen Sanktionen, die ein neutrales Land rechtmässig übernehmen dürfte, sind vom UN-Sicherheitsrat beschlossene.

Unabhängige Erhebungen rund zwei Jahre vor dem NI-Votum vom 27. September 2026 ergaben, dass zwischen 70 und 80 Prozent der Bevölkerung eine unabhängige, souveräne und NEUTRALE Schweiz wollten. Wie kam es zu dieser Anomalie eines 70-Prozent-NEIN zur NI? Durch eine beständige und wohlüberlegte Angstpropaganda – in der Tat eine ungeheuerliche Lügenpropaganda – der Schweizer Regierung, die die Schweizer Bevölkerung schrittweise einer Gehirnwäsche unterzog mit dem Glauben: «Putin könnte in die Schweiz einmarschieren, wie er es in der Ukraine getan hat.»

Erstens hat Putin die Ukraine nicht «überfallen». Es gibt eine lange Geschichte, die bis weit vor 2014 (den von den USA und der EU angezettelten Maidan-Putsch in Kiew) zurückreicht, von NATO-Provokationen und ungeheuerlichen ukrainischen Nazi-Morden an russischsprachigen Bevölkerungen, hauptsächlich in den östlichen Donbas-Regionen der Ukraine (die Nazi-Azow-Bataillone, die mit Hitler gegen Russland kämpften und noch immer aktiv sind). Bis zur russischen Intervention im Februar 2022 wurden mehr als 14'000 Zivilisten – 70 Prozent Frauen und Kinder – in den Donbas-Gebieten ermordet. Laut Jens Stoltenberg, dem ehemaligen NATO-Generalsekretär, begann der aktuelle Ukraine-Konflikt bereits 2014 oder davor. Seine eigenen Worte.

Aber die meisten Schweizer oder Europäer – oder US-Amerikaner, für diesen Fall – haben von diesen Geschichtsdetails keine Ahnung, weil ihnen nie die Wahrheit gesagt wird. Und wenn eine Lüge oft genug wiederholt wird, wird sie zur Wahrheit. Der ungerechtfertigte Putin-Hass ist eine jener «Wahrheiten».

Wie überzeugt die Schweizer Regierung – sowohl die Exekutive (sieben Bundesräte) als auch die Legislative (Zweikammerparlament, nach US-Vorbild kopiert, als die aktuelle Schweizer Verfassung von 1848 erarbeitet wurde) – die 9 Millionen Schweizer Bürger, über die sie herrscht [die Demokratie ist zu einem blossen Feigenblatt geworden], von solch aberranten Angstlügen?

Ganz einfach.

Die Schweizer Medien sind wie die Medien keines anderen westlichen Landes gekauft.

Das sind die von künstlicher Intelligenz gelieferten Zahlen zu Schweizer «Subventionen» für die Schweizer Medien: 160 Franken pro Kopf (rund 200 Dollar) – 3,5mal höher als die durchschnittliche EU-Subvention (EU-Durchschnitt rund 47 Franken Äquivalent) und 120mal höher als die US-Subvention (rund 1,35 Franken Äquivalent). Das allein erzählt eine Geschichte, die offiziell nie erzählt wurde.

Diese Subventionen könnten ebenso gut «Korruption» genannt werden; und sie erklären gewiss, wie der Lügenmechanismus – die Angst- und Kriegstreiberei – so effizient funktioniert, um eine 70- bis 80-Prozent-Neutralitäts-JA-Meinung innerhalb von zwei Jahren in ein 70-Prozent-NEIN-Votum zu verwandeln.

Schlimmer noch: die überwiegende Mehrheit der Schweizer hat keine Ahnung, dass der staatliche Lügenapparat grösstenteils aus ihren Steuergeldern finanziert wird.

Das Beispiel in diesem Artikel ist die winzige Schweiz im Herzen Europas. Doch dieselben Grundregeln – oder Lügenmechanismen – gelten in der gesamten westlichen Welt, der EU sowie den USA, und zunehmend auch in Lateinamerika, da die Monroe-Doktrin 2.0 – gleichnamig auch Donroe-Doktrin genannt – von Donald Trump und seinem Aussenpolitik-Handler Marco Rubio umgesetzt wird.

Ein Grossteil Mittelamerikas und der grösste Teil Nord- und Westsüdamerikas funktioniert bereits nach Monroe/Donroe-2.0-Regeln: El Salvador, Guatemala, Panama, Venezuela, Kolumbien, Ecuador, Peru, Argentinien, Chile – um nur einige zu nennen.

Und wenn es noch schlimmer kommen kann: Die Krieg-kommt-Lüge, oder das Kriegsschweine-Syndrom, wie Alex Krainer es nennt (Alex Krainers Substack, 26. September 2026), wird auch subtil in Schulen gepflanzt.

Europäische Führungspersönlichkeiten – angefangen beim aggressivsten ehemaligen britischen Premierminister Boris Johnson (jenem, der das Friedensabkommen zwischen Kiew und Moskau, vermittelt in Istanbul, Türkei, im März 2022, sabotierte), gefolgt von Frankreichs Emmanuel Macron und Deutschlands Friedrich Merz, und natürlich in geringerem Masse anderen EU-Ländern – bereiten ihre jungen Generationen, junge Männer und Frauen, Europas Zukunft, darauf vor, sich mental auf Krieg einzustellen, bereit zu sein, ihr Vaterland gegen Russland zu verteidigen. Mit anderen Worten: Bereit zu sein, Kanonenfutter für die Reichen und Mächtigen zu werden, die Ein-Welt-Politiker.

Es gibt Hoffnung. Und die Hoffnung besteht darin, diese Wahrheit zu den Menschen zu bringen.

Die Massen MÜSSEN aus ihrem Komfortschlummer erwachen, damit sie die Regierungslügen nicht länger einfach hinnehmen – genauer gesagt: ihre eingepflanzten Regierungslügen.

Denn heute wurde keine westliche Regierung vom Volk gewählt.

Sie alle wurden von «unsichtbaren» ausländischen Mächten eingesetzt – von jenen, die über das westliche Währungssystem herrschen, einschliesslich jener, die die City of London und den damit verbundenen Wall-Street-Bankapparat kontrollieren.

Peter Koenig ist geopolitischer Analyst, regelmässiger Autor bei Global Research und ehemaliger Ökonom bei der Weltbank und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wo er über 30 Jahre lang weltweit tätig war. Er ist Autor von „Implosion — An Economic Thriller about War, Environmental Destruction and Corporate Greed“ und Mitautor von Cynthia McKinneys Buch „When China Sneezes: From the Coronavirus Lockdown to the Global Politico-Economic Crisis“ (Clarity Press, November 2020). Peter ist Research Associate des Centre for Research on Globalization (CRG) und nichtresidenter Senior Fellow des Chongyang Institute der Renmin University, Peking.

Quelle: War is Coming, War is Coming – Defeat of the Swiss Neutrality Initiative. “Prepare your Kids to Defend Europe”

Übersetzung: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-nato-kommt-krieg-kommt-krieg-kommt-bereitet-eure-kinder-zur-verteidigung-europas-vor-niederlage-der-schweizer-neutralitaetsinitiative/>

Kommentar Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung



Heribert Prantl
© Sven Simon

Niemand darf in Deutschland zum Kriegsdienst gezwungen werden. Etwas, das leicht in Vergessenheit gerät, in diesen Zeiten.

Neulich, beim Zeitunglesen im Konditoreicafé an einer Ecke in München-Schwabing, hat mich mein Nachbar angesprochen. Er meinte, es sei doch ungut für Europa, wenn alle politischen Weichen nur noch auf militärisches Handeln gestellt würden. Es sei ungut, wenn nur noch vom Krieg, von der militärischen Unterstützung der Ukraine und von der Aufrüstung der Bundeswehr die Rede sei, während die Frage, wann und wie ein diplomatischer Ausweg aus dem Kriegsgeschehen gefunden werden könne, als mangelnde Solidarität mit dem angegriffenen Land kritisiert werde.

Es sei fatal, wenn Wörter wie «Kompromiss», «Waffenstillstand» und «Friedensverhandlungen» als Sympathiekundgebungen für Putin bewertet und so ausgesprochen würden, als wären sie vergiftet. Der Dichter Matthias Claudius habe doch, meinte der Nachbar, schon vor 250 Jahren alles Wichtige und Richtige dazu gesagt.

Am Abend fand ich dann die Kopie des berühmten Anti-Kriegs-Gedichts von Claudius in meinem Briefkasten. Es heisst:

«'s ist Krieg! 's ist Krieg! O Gottes Engel wehre,
Und rede Du darein!
's ist leider Krieg – und ich begehre,
Nicht schuld daran zu sein!»



Die Schlacht von Plassey während des Siebenjährigen Kriegs. © Depositphotos

Der Dichter hat es geschrieben unter dem Eindruck der Verheerungen des Siebenjährigen Krieges und des ausbrechenden Bayerischen Erbfolgekrieges zwischen Preussen und Österreich. Es ist ein Aufruf, das eigene Gewissen über die staatliche Befehlsgewalt zu stellen. Das Gedicht legt einen geistigen Grundstein für die Idee der Kriegsdienstverweigerung.

«Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden.» So steht es heute in Artikel 4 Absatz 3 des deutschen Grundgesetzes. Es ist dies ein Grundrecht, es ist ein Menschenrecht.

Ich habe mich mit der Geschichte und der aktuellen Bedeutung dieses Grundrechts beschäftigt, weil ich soeben, bei der Verleihung des Alternativen Westfälischen Friedenspreises in Münster, eine kleine Rede dazu halten durfte. Der zum ersten Mal vergebene Preis ging an den Offenburger Verein Connection, der sich weltweit für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung einsetzt und verfolgte Deserteure unterstützt.

Nicht nur das Gedicht von Matthias Claudius hat mich bei der Vorbereitung dieser Rede begleitet, sondern auch die E-Mail einer alten Freundin. Sie besucht gerade die Kasematten von Verdun, also die Festungsgewölbe, die im Krieg Schutz vor Artilleriebeschuss bieten sollten. Dort hängen an der Wand die Kopien der handgeschriebenen Briefe von Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg; «Meine liebe Marie, wenn Dich dieser Brief erreicht, lebe ich vielleicht nicht mehr. Kümmere Dich um die Kleinen. Sag ihnen, dass ihr Vater sie bis zum letzten Atemzug geliebt hat.»

Und ich habe mich gefragt, wie viele solcher Briefe in wie vielen Kriegen seitdem geschrieben worden sind – und wie oft anfängliche Pflichterfüllung der Verzweiflung und Erkenntnis gewichen ist, dass auf der anderen Seite der Schützengräben das gleiche Leid herrscht.

300'000 Soldaten wurden in Verdun getötet. Ich bin überzeugt, dass das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gepflegt werden muss – und dass die Beteiligung am Kriegsdienst meines Erachtens ebenso wie die Kriegsdienstverweigerung eine ernsthafte und ureigene Gewissensprüfung verlangt: Eine Demokratie kann sich keine gewissenlosen Soldaten leisten.

Offener Brief

an alle Regierenden, Mächtigen und Verantwortung tragende Menschen sowie grundlegend an alle Menschen unseres schönen Planeten Erde in Gleichheit, Respekt und mit dem aufrichtigen Wunsch für weltumspannenden FRIEDEN, FREIHEIT und HARMONIE unter allen Geschöpfen

Lieber Mitmensch, ob männlich, ob weiblich, ob Frau, Mädchen, Mann oder Junge

Halte bitte einen Moment inne und schenke dir selbst die Achtsamkeit, um geschriebene Worten in dir anklängen zu lassen, die dir ungewöhnlich erscheinen mögen, die aber von Wert und grosser Wichtigkeit auch für dein Leben und vollumfänglich für alle Existenz des Lebens und der Natur sind.

FRIEDEN ist ein grosses Wort, das oft und schnell gebraucht wird, das aber weit mehr an Verantwortung, Bedeutung und naturgegebenen Werten umfasst als du auf Anhieb annehmen magst. Denn die Natur beweist dir, wenn du sie aufmerksam, neutral-objektiv und eingehend beobachtest und wahrnimmst, dass in ihr niemals etwas wahrhaft Gutes, Beständiges und dauerhaft Wertvolles und Liebenswertes aus roher Gewalt, aus Zorn, Rache, Wut, Vergeltung, Rechthaberei, Intoleranz, Abgrenzung und Hochmut usw. heraus entstehen kann. Etwas dauerhaft Lebensfähiges, Wohltuendes, Harmonisches, Liebe in sich tragendes und somit dauerhaft Erfüllendes und wahrhaftiges Glück in sich bergendes entsteht nur dann, wenn sich zwei Pole durch naturgesetzmässig vorgegebene Anziehungskraft harmonisch, sich vereinigend und etwas Höheres bildend zusammenschliessen, wodurch sich das Leben erhalten kann und woraus neues, äusserst wertvolles, schützenswertes und kostbares Leben entsteht. Nur aus wahrer Liebe, aus Harmonie, innerem Frieden und allumfassender Ausgeglichenheit heraus entsteht auch wahrer Frieden im eigenen Inneren deines Selbst, jedes Menschen und der weltumspannenden Wir-Gemeinschaft aller Menschen unseres Planeten Erde.

Durch Disharmonie, Uneinigkeit und Rechthaberei entstehen zwangsläufig immer Unfrieden, Streit, Häme, Hohn und Missachtung der Mitmenschen und letztendlich Streit, Drohungen, Zwangsmassnahmen wie Sanktionen, Misstrauen, Aufrüstung, Unmenschlichkeit, Grausamkeit und Krieg, der bis zur totalen Zerstörung allen Lebens ausarten kann. Bedenke bitte, dass du ein Teil der Natur, der Schöpfung, des Universalbewusstseins bist und dass darin nie etwas beständig Gutes und wahrhaftig Wertvolles für alle Geschöpfe durch physische Gewalt sowie durch Waffen aller Art entstehen kann, denn diese Mittel entsprechen nie und nie den von der Mutter Natur vorgegebenen Kräften der Ausgleichung, der Heilung, des friedlichen Zusammenschlusses von kreativen Kräften und dem harmonischen Zusammenwirken in der alles umschliessender Einheit, wie es uns die alles sichtbare und unsichtbare umschliessende Natur der Schöpfung beweist, wenn wir bewusst, mit offenen Sinnen und wachem Bewusstsein über alles nachdenken und diese Wahrheit erkennen. Bedenke bitte, dass auch du ein kleiner, wichtiger Teil des grossen Ganzen, der Schöpfung, bist und somit eine grosse Verantwortung für alles Leben und alle Mitgeschöpfe trägst - insbesondere, wenn du in ein verantwortungs- und möglicherweise machtvolleres Amt bzw. in eine Position gewählt oder gesetzt wurdest, die du so weise, wertvoll und harmonisch sowie zum Wohle von allen und aller einsetzen sollst, wie es dir die Natur selbst vorlebt und offenbart. Lass daher ab von allem Negativen in dir, belehre dich selbst des Friedens, der Harmonie und der Eintracht mit allem Leben, insbesondere mit den Mitmenschen, ganz gleich, wer sie auch immer sein mögen, in welchem Land sie leben, welche Sprache sie sprechen, welchem Glauben und welcher Religion sie angehören mögen, welcher Hautfarbe sie sind usw.

usf., denn all das spielt keine Rolle hinsichtlich ihres Menschseins, das sie vollumfänglich, uneingeschränkt und absolut mir dir teilen.

Um eine drohende Katastrophe nie gekannten Ausmasses zu verhindern, gehe bitte auf diejenigen Menschen zu, die du deine Gegner oder Feinde nennen magst oder denen du in deinen Gedanken und Gefühlen ablehnend, übelwollend und feindlich gegenüberstehst, denn auch sie sind Menschen, die genauso mit Respekt, Freundlichkeit, Achtung und Liebe behandelt und geschätzt werden wollen, wie du selbst. **Wenn du dich Christ nennst, dann erinnere dich daran, dass der Mann, den man heute «Jesus» nennt, der aber in Wahrheit «Immanuel» genannt wurde, gesagt hat «Liebet eure Feinde.»**

(Erklärung: • Altes Testament (Jesaja 7,14): Der Prophet Jesaja kündigt einer jungen Frau an, dass sie einen Sohn zur Welt bringen wird, der den Namen Immanuel tragen soll.

Neues Testament (Matthäus 1,22–23): Der Evangelist Matthäus bezieht diese Verheissung auf «Jesus Christus».)

Wenn du jemanden als deinen Feind benennst, baust du im Inneren eine Barriere gegen deine Mitmenschen und Mitgeschöpfe auf, die dich selbst einschränkt und dir sowie allen Menschen, für die du Verantwortung trägst, Schaden zufügt, bis hin zum Krieg, zu Tod, Verderben und totaler Vernichtung, die auch dich einschliesst. Bedenke bitte, dass der richtige Weg stets der Weg der Natur und der Schöpfung selbst ist, nämlich der Weg des wahren Friedens, der Freiheit, der Harmonie, des Wissens, der Weisheit und der wahren Liebe, was nicht und niemals mit Drohungen, Sanktionen, Ausgrenzungen und Waffenlieferungen sowie mit Krieg zu erreichen ist, sondern nur mit wahrer innerer Friedfertigkeit, mit Bescheidenheit und dem Bewusstsein, dass **wahre Verantwortung** das Bewusstsein voraussetzt, dass diese immer nur zum Wohle ALLEN LEBENS gebraucht, eingesetzt und in die Tat umgesetzt werden soll und darf, damit ein wahrer weltumspannender FRIEDEN entstehen kann. Bitte nimm dir die Zeit, wirklich darüber nachzudenken, lasse die innere Stimme des Gewissens und der Wahrheit auf dich wirken und handle im Guten und in Weisheit für den Frieden allen Lebens.

Bedenke bitte: Alles ist EINS und wir alle sind ein integraler Bestandteil des grossen GANZEN und tragen die volle Verantwortung für alles, was wir denken, fühlen und tun, sowohl für unser eigenes Leben als auch für alles andere Leben, mit dem wir in Wahrheit eins sind.

Mit friedvollen und verbindenden, mitmenschlichen Grüssen



7. Oktober2026, Achim Wolf

INFOSperber
sieht, was andere übersehen.

4.10.2026

**Krypto-Milliardäre kaufen in den USA und Grossbritannien Wahlen
Nigel Farage erhält 72 Millionen Pfund. In Ohio bekämpft die Krypto-Branche einen Demokraten mit 30 Millionen Dollar.**

upg.



Senatskandidat Sherrod Brown: Die Krypto-Lobby finanziert 30 Millionen Dollar, damit er die Wahl in Ohio nicht gewinnt. © Jim-Lo-Scalzo/EPA

Milliardäre können die Demokratie pervertieren. Ein Beispiel aus den USA und eines aus Grossbritannien. Eine von der Kryptoindustrie finanzierte Super-PAC will mindestens 30 Millionen Dollar ausgeben, um bei den Zwischenwahlen vom 3. November die Rückkehr des Demokraten Sherrod Brown in den US-Senat zu verhindern. Sie zahlt 30 Millionen Dollar für den republikanischen Gegenkandidaten!

Brown war bis 2025 Vorsitzender des Bankenausschusses im US-Senat und dort einer der schärfsten Verfechter einer Regulierung der Krypto-Branche. Das hat ihn den Senatsitz gekostet. Denn die Krypto-Lobby hatte bereits 2024 rund 40 Millionen Dollar in seine Abwahl als Senator investiert – erfolgreich. Es gewann ein von Präsident Trump unterstützter Republikaner.

72 Millionen Pfund für Nigel Farage

Jetzt zu Grossbritannien. Dort kündigte Krypto-Milliardär Ben Delo am 11. September 2026 als Erster an, der Partei Reform UK von Nigel Farage insgesamt 36 Millionen Pfund zu geben. Sein Plan lautete zunächst 1 Million Pfund pro Monat bis zum spätestmöglichen Termin der nächsten Unterhauswahl 2029. Doch dann sprach er die Spende als Einmalbetrag zu, wie Reuters berichtete.

Ben Delo war mit der 2014 gegründeten Handelsplattform Bitmex reich geworden. Auf dieser können Kunden mit Bitcoins und deren Derivaten handeln beziehungsweise Wetten abschliessen. Die Plattform gehört mit einem durchschnittlichen 24-Stunden-Volumen von drei Milliarden Euro zu den grössten Börsen des Bitcoin-Future-Markts.

Im Jahr 2022 wurde Delo in den USA verurteilt, weil er zu wenig gegen die Geldwäscherei tat. Wegen Verstoßes gegen das US-Bankgeheimnisgesetz wurde er zu 30 Monaten bedingter Haft und einer Busse von 10 Millionen Dollar verknurrt, jedoch anschliessend von Präsident Donald Trump begnadigt.

Einen Tag nach Delos Spendenankündigung für Nigel Farage erklärte Crypto-Milliardär Christopher Harborne, er werde Delos Rekordspende von 36 Millionen Pfund verdoppeln. Harborne schrieb, sein «competitive spirit» habe ihn dazu motiviert.

Allein von Krypto-Milliardären erhielt Farage so 72 Millionen Pfund (79 Millionen Franken). Er macht sich damit von der Krypto-Lobby abhängig.

Präsident Donald Trump ist Teil der Kryptoindustrie

Trump hat während seiner Zeit im Weissen Haus, als er ein öffentliches Amt bekleidete, mit Krypto-«Währungen» je nach Quelle allein im Jahr 2025 zwischen 1,2 und 1,4 Milliarden Dollar verdient. Reuters beziffert die Einnahmen der Trump-Familie aus Kryptoprojekten seit Beginn der zweiten Amtszeit auf mindestens 2,3 Milliarden Dollar.

Der britische Journalist Nick Cohen kommentierte: «Es ist ein Armutszeugnis für die amerikanische Demokratie, dass ein US-Präsident, der eigentlich dem Gemeinwohl dienen sollte, sein Amt nutzen kann, um im Kryptobereich zum Milliardär zu werden.»



Ein Bericht aus Russland: Wie nah stehen Europa und Russland an einem grösseren Konflikt?

Scott Ritter via Substack, uncut-news.ch,

Dieser Artikel ist das Ergebnis meiner Russlandbesuche im Juni und September 2026, bei denen ich mich mit hochrangigen russischen Politikern, führenden Wissenschaftlern sowie Experten für Militär- und Sicherheitsfragen getroffen habe.

In Europa gab es in letzter Zeit eine Flut unverantwortlich aggressiver Äusserungen, die nachdrücklich auf einen Konflikt mit Russland bis zum Ende des Jahrzehnts hindeuten. Diese Rhetorik steht im Zusammenhang mit dem anhaltenden Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, der bereits weit in sein fünftes Jahr hineinreicht – ein Konflikt, den sowohl Europa als auch die Vereinigten Staaten offen als Stellvertreterkrieg zwischen dem kollektiven Westen und Russland anerkennen. Russland hat darauf reagiert, indem es seine militärischen Bemühungen gegen die Ukraine verstärkt und gleichzeitig die NATO gewarnt hat, dass Russland auf jeden Versuch, russisches Territorium – insbesondere die russische Exklave Kaliningrad – zu bedrohen, mit dem gesamten Spektrum seiner militärischen Fähigkeiten, einschliesslich Atomwaffen, reagieren werde. Die heutige Lage in Europa ähnelt in vielerlei Hinsicht den Verhältnissen, die im Sommer 1914 auf dem Kontinent herrschten, als militärische Mobilisierung und Kriegsvorbereitungen eine Dynamik erzeugten, die zu einem Krieg führte, den kein Politiker ernsthaft führen wollte. Die Folgen des Krieges von 1914 waren eine Katastrophe für Europa; die Folgen eines Krieges heute wären für die Zivilisation, wie wir sie kennen, verhängnisvoll.

Betrachtet man die heutige geopolitische Landkarte Europas bzw. Eurasiens, lassen sich vier Punkte militärischer Spannungen zwischen Russland, den Vereinigten Staaten und Europa ausmachen. Diese sind die Ukraine, die Arktis, Kaliningrad und der Weltraum. Zwar stellt jeder dieser Punkte politisch und militärisch ein eigenständiges Problem dar, doch sind alle vier untrennbar durch eine gemeinsame russophobe Denkweise in Europa und den Vereinigten Staaten miteinander verbunden, die Russland als ein einziges Sicherheitsproblem betrachtet. Darüber hinaus handeln sowohl Europa als auch die USA aus einer strategischen Denkweise heraus, die von einem Nullsummen-Denken geprägt ist. Dieses stellt Russland so dar, als sei es strukturell darauf ausgerichtet, sowohl Europa als auch den Vereinigten Staaten Schaden zuzufügen, und erstickt damit die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Russland, die viele, wenn nicht sogar alle der zugrunde liegenden Probleme lösen könnte, die vom Westen kollektiv als Bedrohung interpretiert werden. Russland seinerseits handelt aus einer Denkweise heraus, die auf einer jahrhundertealten Psychologie des ewigen Opferseins und einer historischen Tradition des Widerstands gegen Aggressionen beruht, wobei zunächst eine diplomatische Lösung angestrebt wird, bis eine militärische Konfrontation als einzige Lösung übrigbleibt.



Ukraine: Die (vermeintliche) Schwachstelle in der sowjetisch-russischen Rüstung

Der aktuelle Konflikt in der Ukraine zwischen Russland und dem Westen begann nicht erst 2022 mit dem russischen Einmarsch, sondern stellt vielmehr die logische Konsequenz einer Haltung seitens der Vereinigten Staaten und der NATO dar, die darauf abzielte, den Ultranationalismus in der Westukraine auszunutzen, um ein Klima der Instabilität zu schaffen, das die Sowjetunion und später Russland von innen heraus schwächen sollte. Um diese Denkweise zu verstehen, muss man sich zunächst mit der Psychologie befassen, die dem Konzept des ukrainischen Nationalismus zugrunde liegt. Für Russland stellt die Ukraine einen Teil einer grösseren Familie slawischer Völker dar, zu der auch die Russen und Weissrussen gehören; tatsächlich wird diese Vorstellung auch von Millionen von Ukrainern geteilt. Man muss sich nur die Integration der Ukraine in die kulturellen und historischen Wurzeln Russlands im Laufe der Zeit ansehen, um die Realität dieses Gefühls zu verstehen.

Für den Westen stellt diese Realität ein Problem dar, da sie die Entstehung eines einzigen slawischen Staates begünstigt, der über enorme geografische Vorteile und unübertroffene natürliche Ressourcen verfügt, was wiederum ein enormes wirtschaftliches Potenzial schafft, das mit den westlichen Vorstellungen von globaler Vorherrschaft konkurriert. Nazideutschland versuchte, dieses slawische Potenzial durch die Umsetzung des *Generalplan Ost* zunichte zu machen – den buchstäblichen kulturellen und physischen Völkermord an der slawischen Rasse. Die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich (und später die NATO, einschliesslich eines neu militarisierten Westdeutschlands) setzten diese Politik der slawischen Auslöschung fort, indem sie den antisowjetischen Widerstand seitens der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) förderten, einschliesslich der militärischen Unterstützung von Partisanen, die in der Ukraine operierten und Stepan Bandera treu ergeben waren – einem ehemaligen Verbündeten Nazi-Deutschlands, dessen Truppen während des Zweiten Weltkriegs gross angelegte Gräueltaten an Juden, Polen und Russen verübten. Nach Kriegsende wurde der für die Leitung der OUN-Operationen zuständige deutsche Geheimdienst vom US-Militär übernommen und später unter der Schirmherrschaft der Central Intelligence Agency (CIA) bis 1954/55 zur Steuerung des antisowjetischen bewaffneten Widerstands genutzt. Die CIA leistete der OUN unter Einbeziehung der ukrainischen Diaspora bis in die 1990er Jahre hinein weiterhin aktive Unterstützung.

Die Rolle der westlichen Geheimdienste, angeführt von der CIA und dem britischen Special Intelligence Service (SIS), in der postsowjetischen Ukraine konzentrierte sich ausschliesslich auf die Förderung des ukrainischen Nationalismus auf Kosten Russlands. Die von den westlichen Geheimdiensten geführte politische Kampagne gegen die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine trat deutlich in den Vordergrund, als der zweimalige Präsident der Ukraine, Leonid Kutschma, 2005 zurücktrat, nachdem er eine Politik zur Verbesserung der ukrainisch-russischen Beziehungen verfolgt hatte. Kutschma sprach sich für den russischsprachigen Viktor Janukowitsch aus. Für den Westen hätte eine Präsidentschaft Janukowitschs ihr strategisches Ziel untergraben, die Ukraine von Russland loszulösen. Die Folge war die sogenannte «Orangene Revolution», in deren Verlauf Janukowitschs Wahlsieg zugunsten ukrainischer Nationalisten gekippt wurde, die eine ausgesprochen antirussische Politik verfolgten, in deren Rahmen sich die Ukraine der Europäischen Union zuwandte und die NATO-Mitgliedschaft anstrebte. Letztere Entwicklung wurde von Russland als rote Linie angesehen, deren Überschreitung unweigerlich zu einem militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine führen würde. Janukowitschs Wahl im Jahr 2010 wurde als Rückschlag für die westlichen Pläne in Bezug auf die Ukraine gewertet, was dazu führte, dass der Westen im Februar 2014 einen gewaltsamen

Staatsstreich unterstützte, durch den Janukowitsch aus dem Amt vertrieben und durch pro-westliche ukrainische Nationalisten ersetzt wurde.

Es sollte klar sein, dass eine militärische Konfrontation zwischen der Ukraine und Russland schon immer das Ziel des kollektiven Westens war. Die Bemühungen, die Kontrolle über den politischen Raum Russlands zu erlangen, waren bis 2014 gescheitert. Der sogenannte «Reset» von 2009 war kaum mehr als ein politischer Vorwand für eine Operation zum Regimewechsel, die darauf abzielte, Wladimir Putin zu ersetzen, der Russland seit der Übernahme des Amtes von Boris Jelzin Ende 1999 regiert hatte und das Land in dem dazwischenliegenden Jahrzehnt auf den Weg des wirtschaftlichen und nationalen Wiederaufschwungs geführt hatte – etwas, das der Westen, der nach dem reinen Nullsummenprinzip handelte, schlichtweg nicht tolerieren konnte. Die konzertierten Bemühungen von Präsident Obama, sich in die russischen Parlamentswahlen von 2011 und die Präsidentschaftswahlen von 2012 einzumischen, konnten Putin nicht aus dem Amt entfernen. Die Ereignisse in der Ukraine im Jahr 2014 und danach müssen vor diesem Hintergrund betrachtet werden; nichts geschieht in einem Vakuum.

Der Ukraine-Konflikt war niemals vermeidbar, trotz Russlands konzertierter Bemühungen um diplomatische Massnahmen, die genau darauf abzielten. Die Niederlage der ukrainischen Armee in den Jahren 2014–2015 gegen die von Russland unterstützten Separatisten im Donbass führte zur Verabschiedung der Minsker Friedensabkommen. Es ist mittlerweile eine feststehende Tatsache, dass weder die Ukraine noch ihre beiden europäischen Partner (Frankreich und Deutschland) noch die Vereinigten Staaten jemals die Absicht hatten, den Minsker Prozess konsequent umzusetzen. Stattdessen sollte der Minsker Prozess der NATO Zeit verschaffen, um eine neue ukrainische Armee aufzubauen, die in der Lage ist, sich gegen Russland zu behaupten. Tatsächlich taten die Vereinigten Staaten und die NATO von 2015 bis 2022 genau das und bildeten über 80'000 ukrainische Soldaten, darunter Tausende ukrainischer Nationalisten, die vom US-Kongress als Neonazis bezeichnet wurden, nach den militärischen Standards der NATO aus. Das erklärte Ziel dieser Ausbildung war es, die Ukraine in die Lage zu versetzen, den Donbass und die Krim, die 2014 nach dem von der CIA unterstützten Putsch in Kiew von Russland annektiert worden waren, physisch in Besitz zu nehmen. Als die Ukraine Anfang 2022 begann, diese von der NATO ausgebildeten Truppen in der Donbass-Region zu konzentrieren, leitete Russland eine Präventivmassnahme ein, die sich mehr als fünf Jahre später zu einem offen anerkannten Stellvertreterkrieg mit dem kollektiven Westen, einschliesslich der USA und der NATO, entwickelt hat.

Das erklärte Ziel sowohl der USA als auch Europas bei der Fortsetzung dieses Stellvertreterkonflikts mit Russland ist nichts Geringeres als die strategische Niederlage Russlands. Was bedeutet das in der Praxis? Zunächst einmal war der Stellvertreterkrieg niemals darauf ausgerichtet, zu einem militärischen Sieg der Ukraine über Russland zu führen. Vielmehr bestand das Ziel darin, Russland in einen Konflikt hineinzuziehen, der sein militärisches Potenzial erschöpfen, seine Wirtschaft zerstören und seine Gesellschaft so weit zum Zusammenbruch bringen würde, dass die Regierung von Wladimir Putin entmachtet würde. Diese gesamte Politik basiert auf der Prämisse, dass Wladimir Putin entmachtet werden muss. Daher wird jede Lösung, die dieses Ziel nicht erreicht, von vornherein abgelehnt – ein Verhaltensmuster, das die Nullsummen-Mentalität widerspiegelt, die die westliche Politik bestimmt. Infolgedessen wurde jeder mögliche Ausweg, den Russland in Betracht zu ziehen bereit war – vom Istanbul Kommuniqué von 2022 bis zum Anchorage-Kompromiss von 2025 –, vom Westen abgelehnt. Dies offenbart die Realität, dass Diplomatie für den Westen lediglich ein Mittel ist, um Zeit zu gewinnen und die Ukraine militärisch weiter zu stärken, um den ukrainisch-russischen Konflikt zu seinem gewünschten Ende zu führen – dem Zusammenbruch Russlands. Kurz gesagt: Minsk in der Wiederholung.

Russland hat sich angesichts dieser konzertierten westlichen Bemühungen, das Land als lebensfähigen Nationalstaat zum Zusammenbruch zu bringen, als überraschend widerstandsfähig erwiesen. Die russische Wirtschaft hat nicht nur die westlichen Sanktionen überstanden, sondern ist – in Verbindung mit einer effektiven russischen Diplomatie, die westliche diplomatische Fehlritte ausgenutzt hat, um eine grosse und unterstützende globale Anhängerschaft aufzubauen – sogar aufgeblüht, da sie ausländische Märkte im Globalen Süden erschlossen hat, die die verlorenen europäischen und US-amerikanischen Märkte weitgehend ersetzt haben. Die russische Gesellschaft, die von einem Krieg überrascht wurde, auf den sie nicht vorbereitet war, hat sich geschlossen hinter Präsident Putin gestellt, wie die Ergebnisse der jüngsten Parlamentswahlen unterstrichen haben. Und weit davon entfernt, Russland militärisch zu zermürben, hat der Ukraine-Konflikt es Russland ermöglicht, seine Verteidigungsindustrie zu optimieren und erhebliche Mengen an modernster militärischer Ausrüstung und Waffen zu produzieren, die in Qualität und Quantität grösstenteils weit über das hinausgehen, was der gesamte Westen zusammen produziert. Kombiniert man dieses Material mit einem kampferprobten Personalbestand, so verfügt Russland heute über die kampfstärkste Streitmacht der Welt, die alles, was die NATO oder die Vereinigten Staaten anbieten können, bei weitem übertrifft.

Kurz gesagt: Der gegen Russland gerichtete Schachzug des Westens ist gescheitert – das russische Militär ist heute um eine Grössenordnung stärker, seine Wirtschaft weitaus vielfältiger und autarker und seine Be-

völkerung weitaus geeinter als noch im Jahr 2022. Darüber hinaus zeigt Russland an keiner Front Anzeichen eines Nachlassens – weder wirtschaftlich, diplomatisch, sozial noch politisch.

Das Gleiche lässt sich weder von Europa noch von den Vereinigten Staaten sagen. Trotz der kriegsähnlichen Rhetorik aus Deutschland und Polen, die durch Äusserungen von aktiven und pensionierten US-Militärs untermauert wird, ist die Realität, dass der Stellvertreterkrieg zwischen dem kollektiven Westen und Russland immer genau das sein sollte – ein Stellvertreterkrieg. Es gab nie einen realistischen Plan, dass der Konflikt zu einer direkten Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO werden sollte, schon allein deshalb, weil der NATO schlichtweg die Kapazität fehlt, über einen längeren Zeitraum hinweg ausreichende Streitkräfte für einen hochintensiven Konflikt aufzustellen. Die militärische Schlagkraft der NATO ist in den Jahrzehnten seit dem Ende des Kalten Krieges weitgehend geschwunden und erfordert im Lauf der Zeit erhebliche Investitionen, um sich wieder zu erholen – Investitionen, zu denen Europa derzeit offenbar nicht in der Lage ist. Die Vereinigten Staaten befinden sich selbst in einer Phase des globalen Rückzugs und streben eher einen Rückzug aus Europa an, als wieder eine Haltung wie im Kalten Krieg einzunehmen, die weder politisch noch wirtschaftlich tragfähig ist.

Da Russland die Tür für eine Verhandlungslösung mit dem Westen in der Ukraine offenbar zuschlägt, sehen sich Europa und die Vereinigten Staaten mit der unangenehmen Realität konfrontiert, dass ihre strategischen Ziele in der Ukraine nicht verwirklicht werden. Russland wird weiterhin auf eine militärische Lösung drängen, die alle seine erklärten Ziele erfüllt, einschliesslich einer konzertierten Entnazifizierung, die den äusserst virulenten ukrainischen Nationalismus auslöschen würde, der seit jeher die westlichen Bemühungen in der Ukraine gegen Russland befeuert hat.

Kurz gesagt: Es wird keinen Krieg zwischen Europa und Russland um die Ukraine geben. Europa wird die Ukraine so lange unterstützen, bis diese ihre Ressourcen – personelle und wirtschaftliche – erschöpft hat, und dann hilflos zusehen, wie Russland seine Position in dem festigt, was von der ukrainischen Nation übrigbleibt. «Bis zum letzten Ukrainer» scheint ein Konzept zu sein, das sich sowohl die Ukraine als auch ihre westlichen Unterstützer zu Herzen genommen haben.



Die Arktis: Der wirtschaftliche Auslöser eines potenziellen Konflikts

In einer rationalen Welt würde sich der Westen nach seiner bevorstehenden Niederlage in der Ukraine neu formieren und versuchen, seine erheblichen Verluste auszugleichen. Doch in einer Nullsummenwelt ist dies nicht möglich. Ein russischer Sieg in der Ukraine erfordert in den Augen jener Russophoben im Westen, die immer noch vom Zusammenbruch von Wladimir Putins Russland träumen, einen «Sieg», der die geopolitischen Kräfteverhältnisse wieder ins Gleichgewicht bringt. Angesichts der Tatsache, dass eine der Folgen des gescheiterten Ukraine-Schachzugs des Westens die wirtschaftliche Dezimierung Europas ist, gewinnen Fragen von wirtschaftlicher Bedeutung – wenig überraschend – zunehmend an Bedeutung, wenn es darum geht, eine geopolitische Haltung gegenüber Russland nach dem Ukraine-Konflikt zu entwickeln.

Eines der Hauptprobleme, mit denen Europa heute konfrontiert ist, besteht darin, eine kohärente Wirtschafts- und Aussenpolitik gegenüber China zu entwickeln. Die europäische Diplomatie in dieser Hinsicht war katastrophal und führte zum Zusammenbruch kritischer Sektoren der europäischen Wirtschaft (zum Beispiel der Automobilindustrie) als Folge schlecht durchdachter Vorstellungen von «De-Risking» (ein Begriff amerikanischen Ursprungs, der die eigentliche Absicht einer solchen Politik – nämlich «De-Linking» – ver-

schleiern soll). Man kann jedoch unmöglich von «Risikominderung/Entkopplung» sprechen, wenn es keine tragfähigen alternativen Märkte gibt, die diejenigen ersetzen könnten, aus denen man sich durch die eigene Politik zurückziehen will.

Europas strategisches Ziel, Russland von China zu isolieren, ist nach hinten losgegangen – heute ist es Europa, das zunehmend isoliert ist, während die russisch-chinesischen Beziehungen, einschliesslich der wirtschaftlichen, stark sind und immer stärker werden. Einer der entscheidenden Bereiche der russisch-chinesischen Zusammenarbeit ist die Erschliessung der Nordostpassage oder, wie sie in China oft genannt wird, der «Eis-Seidenstrasse» – einer 5500 Kilometer langen Wasserstrasse, die von der Beringstrasse im Osten bis zur Barentssee im Westen verläuft. Die Nutzung dieser Wasserstrasse wird zunehmend möglich – und rentabel –, da Containerschiffe die Strecke von Ostchina zu europäischen Häfen wie Rotterdam etwa 20 Tage schneller zurücklegen können als auf der derzeitigen Suezkanal-Route, die von den meisten Reedereien genutzt wird.

Die Nordostpassage verläuft ausschliesslich in russischen Hoheitsgewässern. Sie durchquert zudem die Arktis, was bedeutet, dass ihre Befahrbarkeit über weite Teile des Jahres von russischen Eisbrechern abhängt. Die Passage unterliegt zudem den russischen Sicherheits- und Rechtsnormen. Das wirtschaftliche Potenzial der Arktis fiel früher ausschliesslich in den Zuständigkeitsbereich des Arktischen Rates, dessen Mitglieder sich regelmässig trafen, um Massnahmen zu koordinieren, die Auswirkungen auf Wirtschaft, Sicherheit und Ökologie der arktischen Region hatten. Im Jahr 2022 wurde Russland jedoch nach dem Einmarsch in die Ukraine aus dem Arktischen Rat ausgeschlossen. Und nach dem Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO hat der Arktische Rat eine ausschliesslich auf die NATO ausgerichtete Haltung angenommen, wobei seine Politik die strategischen Ziele und Vorgaben seiner kollektiven Mitgliedschaft widerspiegelt, nämlich die strategische Niederlage Russlands.

Der Klimawandel hat die geopolitischen Gegebenheiten der Arktis verändert: Das Abschmelzen der Eiskappen eröffnet nicht nur Seeverbindungen, die zuvor aufgrund der Wetterbedingungen versperrt und/oder eingeschränkt waren, sondern macht auch die wirtschaftliche Ausbeutung bedeutender Bodenschätze, die durch den Rückgang des Eises freigelegt wurden, physisch möglich und wirtschaftlich rentabel. Normalerweise würde der Arktische Rat versuchen, den Zugang zur Arktis zu regulieren, um wirtschaftliche und ökologische Belange innerhalb eines Sicherheitsrahmens auszugleichen, in dem die Interessen aller Parteien berücksichtigt werden.

Doch in einer Nullsummenwelt wird die wirtschaftliche Durchdringung des arktischen Raums durch Russland und China als Bedrohung für den kollektiven Westen angesehen, die eine militärische Reaktion erfordert. Diese Realität wurde während des kürzlich abgehaltenen Europäischen Arktis-Gipfels unterstrichen, der Mitte September von Finnland ausgerichtet wurde. Unter Berufung auf unbegründete Behauptungen über «erhebliche und langfristige Bedrohungen» Russlands für die euro-atlantische Sicherheit verpflichtete sich die Führung der Europäischen Union, ihre Sicherheitspräsenz in der Arktis zu stärken – d. h. die Militarisierung der Arktis voranzutreiben, wobei der Schwerpunkt auf militärischer Mobilität, grenzüberschreitender Anbindung und der notwendigen Infrastruktur in den nördlichsten Regionen der Arktis liegt.

Tatsache ist jedoch, dass die NATO in Fragen der arktischen Sicherheit nicht mit Russland konkurrieren kann. Was auf dem Europäischen Arktis-Gipfel in Bezug auf die Militarisierung der Arktis nur mit Lippenbekenntnissen bedacht wurde, hat Russland bereits vollständig umgesetzt und verbessert dies kontinuierlich weiter. Zwar sind die NATO-Staaten in der Lage, provokative Handlungen zu begehen, wie etwa die jüngste Beschlagnahme eines russischen Forschungsschiffs vor der nordnorwegischen Insel Svalbard, doch die Schnelligkeit, mit der die norwegische Regierung dafür sorgte, dass ähnliche Massnahmen in norwegischen Hoheitsgewässern nicht ergriffen werden, unterstreicht die Tatsache, dass Norwegen nicht daran interessiert ist, irgendeine Art direkter Konfrontation mit Russland in der Arktis zu provozieren. Die eigentliche Bedrohung für den Westen in der Arktis sind nicht Russlands schlagkräftige Streitkräfte, sondern die Tatsache, dass Russland gemeinsam mit China eine neue, auf dem Transitverkehr basierende wirtschaftliche Realität durchsetzt, die künftig ausserordentlichen Einfluss verschaffen wird, indem traditionelle Reedereien und Routen gegenüber der neuen «Eis-Seidenstrasse», die Russland und China bereits umgesetzt haben, nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Die Möglichkeit, Container nachhaltig und zu halb so hohen Kosten wie auf den derzeitigen Seewegen nach Europa zu transportieren, ist in jeder Hinsicht ein entscheidender Wendepunkt und schafft eine neue Realität, mit der der Westen auf absehbare Zeit – wenn überhaupt – nicht Schritt halten kann.



Kaliningrad: eine leichte Beute oder eine uneinnehmbare Festung?

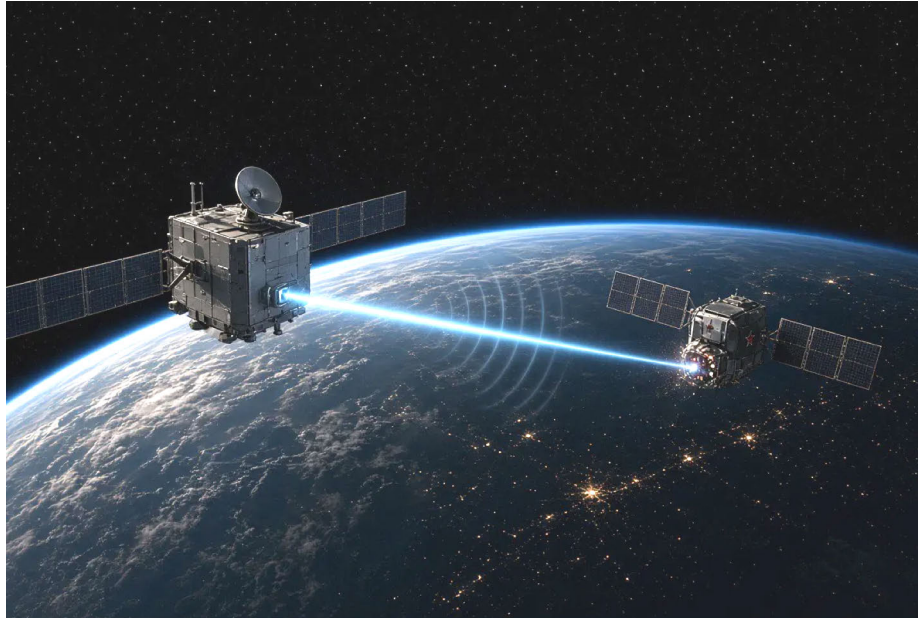
Die Psychose der Nullsummenfalle, in die sich der Westen in Bezug auf Russland selbst manövriert hat, erfordert, dass die NATO einen – vermeintlichen oder tatsächlichen – Sieg inszeniert, der ihre Misserfolge in der Ukraine und ihre Ohnmacht in der Arktis ausgleichen kann. In dieser Hinsicht hat sich die russische Exklave Kaliningrad als vermeintliche Achillesferse Russlands herausgestellt. Der ehemalige Kommandeur der NATO-Landstreitkräfte in Europa, US-General Chris Donahue, prahlte im vergangenen Juli offen damit, dass NATO-Truppen die russischen Verteidigungsanlagen in Kaliningrad in kurzer Zeit überwältigen könnten. Deutschland und Polen haben sich für verstärkte NATO-Militärübungen in der Nähe der Grenzen zu Kaliningrad ausgesprochen, deren Ziel es wäre, innerhalb der russischen Führung genügend Besorgnis zu schüren, um sie dazu zu veranlassen, als Reaktion darauf Truppen aus dem Gebiet der «militärischen Sonderoperation» nach Kaliningrad abzuziehen. Mehrere westliche Militär- und Sicherheitsanalysten haben Einschätzungen geäußert, wonach die tatsächliche militärische Präsenz Russlands in Kaliningrad weitaus schwächer ist, als öffentlich zugegeben wird. Und zahlreiche westliche Politiker haben Erklärungen abgegeben, wonach Russland sich darauf vorbereite, unter Nutzung der Exklave Kaliningrad als Operationsbasis Aggressionen gegen die NATO durchzuführen.

Tatsächlich ist es jedoch so, dass Russland zwar durchaus in der Lage ist, Kaliningrad gegen jede NATO-Aggression zu verteidigen, das russische Militär in der Exklave Kaliningrad derzeit jedoch nicht so aufgestellt ist, dass es nachhaltige Offensivoperationen jeglichen Ausmasses gegen einen seiner NATO-Nachbarn durchführen könnte – jede gegenteilige Behauptung ist schlicht rhetorische Propaganda. Sowohl das russische 11. Armee Korps als auch die Baltischen Marineinfanteristen – die in Kaliningrad stationierten Kernstreitkräfte des Landkampfes – verfügen über umfangreiche Kampferfahrung in der Ukraine und haben Fähigkeiten im Umgang mit Kampfdrohnen entwickelt, die jegliche gegen die Exklave Kaliningrad gerichteten Offensivoperationen der NATO höchstwahrscheinlich stören und zunichte machen würden. Das russische Militär hat zudem ein aktives Reserve-Schützenregiment, BARS-39, aufgestellt, das sich aus erfahrenen Soldaten zusammensetzt, die über Kampferfahrung im aktiven Dienst verfügen, insbesondere im Drohnenkrieg.

Die eigentliche Bedrohung für Kaliningrad geht jedoch nicht von einer möglichen Bodenoffensive der NATO aus. Vielmehr würde sie in Form einer Seeblockade der Exklave entstehen. Seit 2022 unterliegen die Eisenbahnstrecken, die Kaliningrad mit Russland verbinden, strengen Beschränkungen durch Litauen, was den Gütertransit von und nach Russland betrifft; im Mittelpunkt dieser Angelegenheit steht die Frage der Einhaltung der Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland. Ebenso dürfen in Russland zugelassene Fahrzeuge Litauen und Polen nicht durchqueren. Russland hat diesen Verlust an Anbindung durch eine Ausweitung des Umfangs und des Umfangs der Fährverbindungen zwischen Russland und Sankt Petersburg ausgeglichen. Zwar konnte Russland durch diese Nachschubmassnahmen das Wirtschaftswachstum aufrechterhalten, doch ist diese Fährverbindung in der Tat sehr kostspielig, und viele Güter, wie beispielsweise Benzin, werden von der russischen Regierung subventioniert, um die Preise unter Kontrolle zu halten. Sollte die NATO, wie von einigen ihrer Mitglieder vorgeschlagen, maritime Beschränkungen für den Schiffsverkehr von und nach Kaliningrad verhängen, wäre die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Exklave gefährdet. Aufgrund dieser Verwundbarkeit hat die russische Regierung die NATO gewarnt, dass jeder Versuch,

Kaliningrad einer Seeblockade zu unterwerfen, oder jede andere militärische Aggression mit der gesamten militärischen Schlagkraft Russlands, einschliesslich Atomwaffen, beantwortet würde.

Diese Demonstration nuklearer Stärke scheint die Begeisterung einiger der lautstärksten NATO-Befürworter gedämpft zu haben, die glaubten, eine «leicht zu erreichende Beute» ergattern zu können; nun, da klar ist, dass ein Konflikt, der einen NATO-Angriff auf Kaliningrad beinhaltet, nicht isoliert betrachtet würde, sondern vielmehr einen Konflikt existenziellen Ausmasses darstellen würde, sind die Kriegstrommeln verstummt.



Weltraum: Die letzte Grenze

Das letzte Thema auf der Liste potenzieller Konfliktpunkte zwischen Russland und dem US-europäischen Bündnis ist der Weltraum. Weltraumgestützte Sensoren haben eine entscheidende Rolle bei der Sammlung von Geheimdienstinformationen gespielt, die zur Unterstützung militärischer Operationen in der Ukraine und – im Falle der Ukraine – zum Angriff auf strategische Ziele im Hinterland Russlands genutzt wurden. Ebenso hat das kommerzielle US-amerikanische Satellitenkommunikationssystem «Starlink» eine wesentliche Rolle in der ukrainischen Militärkommunikation übernommen, unter anderem indem es entscheidend dazu beigetragen hat, ukrainische Langstrecken-Drohnenangriffe auf die russische Energieinfrastruktur zu ermöglichen.

Die Vereinigten Staaten haben kürzlich bekannt gegeben, dass sie «Weltraumkontrollwaffen» in der Erdumlaufbahn stationiert haben. Zwar wurden die technischen Eigenschaften dieser Waffen nicht im Detail beschrieben, doch deuten die Hinweise darauf hin, dass es sich um nicht-kinetische Waffen handelt, die reversible Technologien wie elektronische Kriegsführung nutzen, um einen anvisierten Satelliten vorübergehend «zu blenden». US-Präsident Donald Trump hat im Juni 2025 auf den Einsatz einer weltraumgestützten Waffe angespielt, die zur Unterstützung von US-Militärschlägen gegen iranische Ziele im Nuklearbereich eingesetzt werden soll.

Russland ist dabei, eine eigene, Starlink ähnliche Satellitenkonstellation namens «Rassvet» zu stationieren. Sobald «Rassvet» voll funktionsfähig ist, wird es Russland satellitengestützte Kommunikationsfähigkeiten auf dem Niveau von Starlink bieten. Die Ukraine hat erkannt, dass «Rassvet» es Russland ermöglichen wird, seine Drohnen effektiver zu ihren Zielen zu lenken, und hat die Vereinigten Staaten aufgefordert, das russische Satellitennetzwerk ausser Betrieb zu setzen. Russland hat angedeutet, dass es als Vergeltungsmassnahme das gesamte «Starlink»-System mit kinetischen Mitteln lahmlegen würde, was andere Satelliten in der Erdumlaufbahn gefährden könnte.

Die Militarisierung des Weltraums stellt einen gefährlichen Eskalationspunkt dar, insbesondere angesichts der Fähigkeit der USA, Satelliten vorübergehend zu «blenden». In der Nullsummenwelt, in der sich die USA und Europa bewegen, könnte das Bedürfnis, einen russischen Sieg in der Ukraine auszugleichen und Russlands Vereitelung der Eskalationsbemühungen der NATO in der Arktis und gegen Kaliningrad zu kontern, für westliche Staats- und Regierungschefs eine zu grosse Versuchung darstellen – da sie nicht in der Lage sind, ein Verhaltensmodell im Umgang mit Russland zu entwickeln, das nicht auf russophoben Zielen und Absichten basiert, die eine strategische Niederlage Russlands erfordern.

Fazit

Die Vereinigten Staaten und Europa haben im Laufe der letzten Jahrzehnte eine politische Falle aufgebaut, deren Kern darin besteht, die Ukraine als Mittel zum Zusammenbruch Russlands und der Regierung von

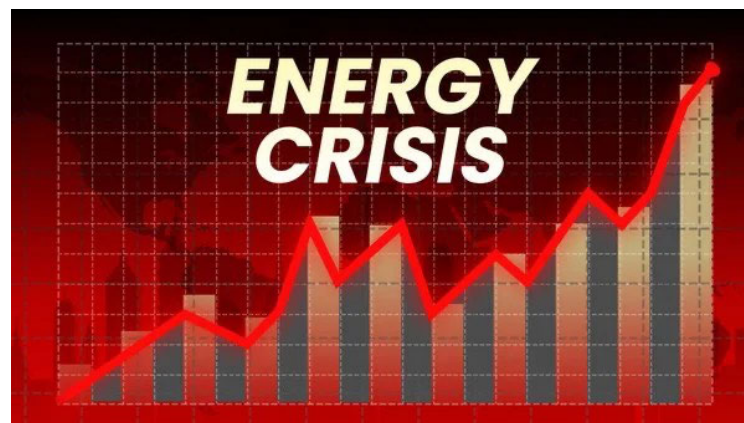
Wladimir Putin zu nutzen. Die «Falle» ist die Nullsummen-Mentalität, die die Umsetzung dieser Politik bestimmt und die politische und wirtschaftliche Existenzfähigkeit derjenigen, die eine solche Politik verfolgen, an deren erfolgreiche Umsetzung knüpft. Das sich abzeichnende Scheitern in der Ukraine hat die Notwendigkeit geschaffen, neue Wege zu finden, um das politische Ziel eines strategischen Sieges über Russland voranzutreiben, einschliesslich Optionen zur Ausweitung der Konfliktzone zwischen dem US-europäischen Bündnis und Russland auf die Arktis, das Baltikum und den Weltraum. Russland hat jedem dieser Vorstösse wirksam entgegengewirkt, die, isoliert betrachtet, als überschaubare Problemfelder mit begrenztem Eskalationspotenzial erscheinen. Betrachtet man sie jedoch in ihrer Gesamtheit, besteht das Potenzial für Missverständnisse und/oder Fehleinschätzungen, die durch innenpolitische Zwänge in den Nationen des US-europäischen Bündnisses getrieben werden. Hier durchlaufen Nationen, die erheblichen Einfluss auf die Entscheidungen des Bündnisses haben – wie die USA, Frankreich und Deutschland –, politische Umbrüche, die die bestehende politische Haltung verändern könnten, einschliesslich der Politik, die die strategische Niederlage Russlands als erstrebenswertes Ergebnis anstrebt. Der Feind in all dem ist nicht Russland, sondern vielmehr das Nullsummen-Denken des kollektiven Westens, das ihn an ein Politikmodell fesselt, das sich nicht erfolgreich umsetzen lässt und das, wenn es aggressiv verfolgt wird, zu seinem kollektiven Untergang führen wird.

(Anmerkung: Ich hatte die Gelegenheit, das Gebiet der «besonderen militärischen Operation», die Arktis, Ölfelder und Kaliningrad zu besuchen sowie an hochrangigen Foren und Treffen in Moskau und Sankt Petersburg teilzunehmen. Die hier geäusserten Ansichten sind meine persönliche Einschätzung auf der Grundlage dieser Treffen und stellen keine offizielle Stellungnahme zur russischen Politik dar.

Dieser Artikel ist das Ergebnis des unabhängigen Journalismus, den ich seit mehreren Jahren betreibe, wobei ich nach Russland reise, um die russische Realität einzufangen und sie einem westlichen Publikum nahezubringen, das von russophoben Mainstream-Medien in Geiselhaft gehalten wird. Ich trage alle meine Kosten selbst, was bedeutet, dass die für die Erstellung dieses Artikels notwendigen Reisen ohne die grosszügige Unterstützung von Abonnenten und Followern, die zu diesem Zweck gespendet haben, nicht hätten stattfinden können. Ich werde weiterhin Artikel schreiben und Videos über diese vergangenen Besuche veröffentlichen. Ausserdem werde ich weiterhin zukünftige Besuche in Russland planen und vorbereiten, darunter einen für November geplanten, bei dem ich an einer Konferenz zu humanitären Themen teilnehmen und weiterhin interessante und sachkundige Menschen treffen und interviewen werde. Ich danke allen, die zu dieser Arbeit beigetragen haben – in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.)

Quelle: A Report from Russia: How Close are Europe and Russia to a Wider Conflict?

Quelle: <https://uncutnews.ch/ein-bericht-aus-russland-wie-nah-stehen-europa-und-russland-an-einem-groesseren-konflikt/>



Europa beginnt mit Energie-Rationierung, da die Krise in den Alltag übergeht

Martin Armstrong, April 10, 2026

Europa lässt nun keinen Zweifel mehr an der Ernsthaftigkeit dieser Krise, denn Regierungen sagen Millionen von Menschen nicht, sie sollen von zu Hause arbeiten, wenn sich nicht unter der Oberfläche ein echter Mangel bildet. Die **Europäische Union hat begonnen**, die Bürger dazu aufzufordern, von zu Hause aus zu arbeiten, weniger Auto zu fahren, Geschwindigkeitsbegrenzungen zu senken und den gesamten Energieverbrauch zu reduzieren, als Teil einer Notfallreaktion auf den Schock, der durch den Iran-Krieg ausgelöst wurde.

Die Sprache der Behörden macht deutlich, dass dies nicht vorübergehend ist. Europäische Stellen warnen vor einer «sehr ernststen Situation» ohne absehbares Ende, und das stimmt mit dem überein, was wir weltweit sehen, da die Schliessung der Strasse von Hormus eine der kritischsten Energieadern der Welt unter-

brochen hat. Etwa 20% des weltweiten Öl- und Gasverkehrs verlaufen normalerweise durch diese Route, und Europa allein ist in erheblichem Masse davon abhängig, einschliesslich etwa 7% seines Öls, 8,5% seines LNG und bis zu 40% seines Flugkraftstoffs und Diesels. Wenn dieser Fluss gestört wird, gibt es keinen schnellen Ersatz.

Was die Regierungen jetzt tun, ist zu versuchen, die Nachfrage zu senken, weil sie das Angebot nicht schnell genug erhöhen können. Die Internationale Energieagentur hat sogar Massnahmen skizziert wie die Reduzierung der Autobahngeschwindigkeiten, die Einschränkung der privaten Autonutzung, die Förderung öffentlicher Verkehrsmittel und die Verlagerung von Arbeit auf Homeoffice, wo möglich. Das ist keine Umweltpolitik, das ist Rationierung unter einem anderen Namen. Es ist das gleiche Drehbuch, das wir in den 1970er Jahren gesehen haben, nur dass es jetzt durch moderne Systeme umgesetzt wird, anstatt durch offensichtliche Benzinschlangen und Engpässe an Tankstellen.

Der Vorstoss hin zu Homeoffice ist besonders aufschlussreich, weil er zeigt, wie tief Energie in die Wirtschaft eingebettet ist. Pendeln, Bürogebäude, Verkehrsnetze – all das verbraucht Energie, und durch die Reduzierung physischer Bewegung versuchen Regierungen, die Gesamtnachfrage zu senken, ohne ausdrücklich eine Rationierung zu erklären. Einige Länder bewegen sich sogar in Richtung Vier-Tage-Woche und beschränken Reisen auf wesentliche Aktivitäten, was erneut zeigt, dass das Problem nicht theoretisch ist, sondern bereits den Alltag der Wirtschaft beeinflusst.

Dies steht in direktem Zusammenhang mit dem grösseren Angebotsschock, der als der grösste in der modernen Geschichte beschrieben wurde. Die Internationale Energieagentur hat gewarnt, dass diese Krise schlimmer ist als die Schocks von 1973, 1979 und sogar die jüngsten Energieunterbrechungen zusammen, weil das heutige System viel stärker vernetzt und von kontinuierlichen Energieflüssen abhängig ist. Europa ist mit bereits niedrigen Gasspeicherständen in diese Krise eingetreten, die nach einem harten Winter auf etwa 30% geschätzt wurden, was es besonders anfällig macht, während die Preise steigen und die Versorgung sich verknappt.

Was die Öffentlichkeit noch nicht vollständig versteht, ist, dass dies erst die Anfangsphase ist. Das Öl und Gas, das sich bereits vor der Störung im Transit befand, bewegen sich noch durch das System, und das hat die volle Wirkung verzögert. Regierungen versuchen, diesem Moment zuvorzukommen, indem sie jetzt die Nachfrage senken, denn sobald diese Flüsse weiter abnehmen, wird die Lücke zwischen Angebot und Verbrauch unmöglich zu ignorieren sein. Dann wird Rationierung unvermeidlich und nicht mehr nur eine Empfehlung.

Es gibt auch einen sekundären Effekt, der sich bereits abzeichnet, nämlich die Auswirkungen auf die Industrie. Energieintensive Sektoren in ganz Europa, darunter Chemie und Produktion, sehen sich steigenden Kosten gegenüber und reduzieren in einigen Fällen die Produktion oder erheben Zuschläge von bis zu 30%, nur um weiterarbeiten zu können. So wird eine Energiekrise zu einer Wirtschaftskrise, denn sobald die Produktion nachlässt, steigen die Preise und das Wachstum beginnt zu stagnieren, während die Inflation zunimmt – ein klassisches Szenario der Stagflation.

Die Vorstellung, dass Volkswirtschaften weiterhin mit voller Kapazität arbeiten können, während die Energieversorgung eingeschränkt ist, ist schlicht unrealistisch. Wenn Energie knapp wird, muss alles darüber schrumpfen, und genau das sehen wir jetzt mit verkürzten Arbeitszeiten, Homeoffice-Vorgaben und Einschränkungen im Verkehr.

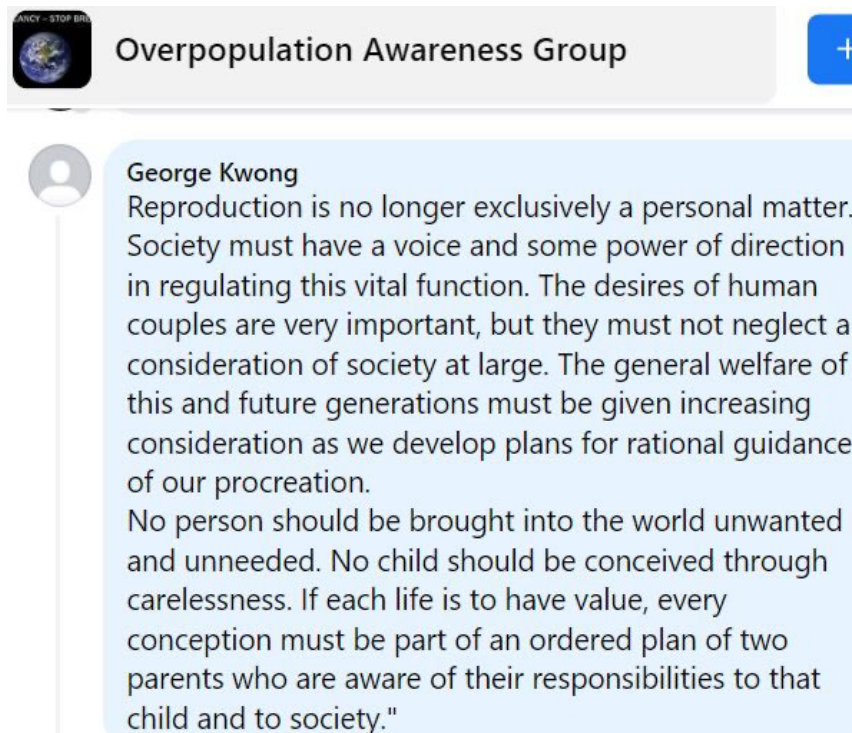
Die Regierungen versuchen, den Übergang so zu steuern, dass Panik vermieden wird, aber die Massnahmen selbst zeigen die Schwere der Situation. Sobald man beginnt, ganze Bevölkerungen aufzufordern, ihre Arbeitsweise, ihr Reisen und ihren Energieverbrauch zu ändern, befindet man sich bereits im Krisenmodus. Das wird sich nicht schnell lösen. Beamte warnen bereits, dass der Schock langfristig sein wird, was darauf hindeutet, dass die aktuellen Massnahmen nur der erste Schritt sind. Wenn die Störung der globalen Energieflüsse anhält, werden sich diese vorübergehenden Anpassungen in formalisierte Beschränkungen verwandeln, und das, was jetzt als freiwillige Empfehlung dargestellt wird, wird zur verpflichtenden Politik werden.

Energie bildet die Grundlage der gesamten Wirtschaft, und sobald diese Grundlage gestört wird, beginnt sich alles darüber zu verschieben. Europa tritt jetzt in diese Phase ein, und die Bewegung hin zu Homeoffice und reduziertem Verbrauch ist lediglich das erste sichtbare Zeichen dafür, dass das System unter Druck steht.

Quelle: Europe Begins Energy Rationing as the Crisis Moves Into Daily Life

Quelle: <https://uncutnews.ch/europa-beginnt-mit-energie-rationierung-da-die-krise-in-den-alltag-uebergeht/>

**Facebook-Nutzer George Kwong: Reproduction is no longer exclusively a personal matter –
Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit!**



Die Fortpflanzung ist nicht mehr ausschliesslich eine persönliche Angelegenheit. Die Gesellschaft muss bei der Regulierung dieser lebenswichtigen Funktion ein Mitspracherecht und eine gewisse Weisungsbefugnis haben. Die Wünsche der menschlichen Paare sind sehr wichtig, aber sie dürfen die Gesellschaft als Ganzes nicht ausser Acht lassen. Das allgemeine Wohlergehen dieser und künftiger Generationen muss bei der Entwicklung von Plänen für eine vernünftige Steuerung unserer Fortpflanzung verstärkt berücksichtigt werden. Kein Mensch sollte ungewollt und unbedarft auf die Welt gebracht werden. Kein Kind sollte durch Unachtsamkeit gezeugt werden. Wenn jedes Leben einen Wert haben soll, muss jede Zeugung Teil eines geordneten Plans von zwei Eltern sein, die sich ihrer Verantwortung für das Kind und die Gesellschaft bewusst sind.

George Kwong

Quelle: https://www.facebook.com/groups/136507913150251/posts/3119961688138177/?comment_id=3121554504645562¬if_id=1710329001813654¬if_t=group_comment



Über die Symbole der Schöpfungsenergielehre

Von Bernadette Brand, Schweiz

Grundsätzlich gilt: Jedes einzelne Symbol der Schöpfungsenergielehre ist absolut und völlig neutral, was auch für das Friedenssymbol gilt.

Ebenso grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass jedes einzelne Symbol über eine eigene unverwechselbare und typische Formensprache verfügt, die es einzigartig macht. Zu dieser Formensprache gehören nicht nur die effektiven linearen Formen, sondern auch die Stellung des Symbols innerhalb des breiten schwarzen Rahmens, der für jedes Symbol unverzichtbar ist, sowie die Proportionen der Linienstärken und – wenn vorhanden, auch für die Farben – folglich also insgesamt für das individuelle Gesamterscheinungsbild jedes Symbol, was nicht nur von Bedeutung, sondern sehr wichtig ist.

Bei der Formensprache handelt es sich um eine Art der archetypischen visuellen Kommunikation, durch die die unbewusste und bewusste Wahrnehmung des Betrachters angesprochen wird. Aufgrund des archetypischen jahrhunderttausende alten Wissens, das jedem Menschen aufgrund der in der «eigenen» Schöpfungsenergielinie gespeicherten Informationen zur Verfügung steht, nimmt sein Unbewusstes die «Botschaften» der Formensprache auf und beginnt sie aufgrund des in der Schöpfungsenergieform eingelagerten Wissens impulsartig zu interpretieren und richtig zu verstehen, wodurch dies dann entsprechende Impulse auslöst und diese an den alles überlagernden Bewusstseinskomplex weiterleitet und freigibt, der dann dem Symbol entsprechend zu reagieren beginnt und Assoziationen, Ideen und Reaktionen erzeugt, die im bewussten Bewusstsein aufgenommen und der Formensprache entsprechend verarbeitet sowie nach aussen als Handlung umgesetzt werden.

Jedes Symbol ist komplex und in sich absolut und in jeder Weise streng neutral und passiv. Es veranlasst also absolut nichts Negatives oder Positives im Bewusstsein des Menschen, sondern es ist explizit lediglich Ausdruck bzw. Träger bestimmter negativer, ausgeglichener oder positiver Informationen, deren Interpretationen durch den Menschen selbst erfolgen und geformt werden. Dies ergibt sich durch sein Denken, das durch die Einflüsse der Umwelt, wie Erziehung und gar Indoktrination aufkommt, das dann durch seinen gesamten Bewusstseinskomplex umgesetzt und gesteuert wird, und zwar präzise und entsprechend den Informationswerten des jeweiligen Symbols.



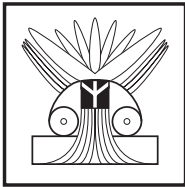
Das existierende und weltweit kursierende falsche «Friedenssymbol» mit der Todesrune, das wahrheitlich einem «Todessymbol» und «Hasssymbol» entspricht, wurde im Jahr 1958 vom britischen Grafiker Gerald Holtom im Auftrag der britischen Kampagne zur nuklearen Abrüstung erdacht und erstellt, und zwar ohne Vorauskenntnis, dass sein Werk Böses, Krieg, Verbrechen, Leid, Elend, Tod und Zerstörung fordern wird.

So wurde es also absolut unausweichlich, dass das falsche «Friedenssymbol» – das keltische «Todesrunensymbol» – bis heute Spaltung, Unfrieden und Zerstörung hervorruft, wie

das täglich festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert und dieserart weltweit fälschlich genutzt wird und damit Unfrieden, Streit, Krieg, Terror und Tod verbreitet. Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Frieden, sondern mit Gewalt, Aggression, Zerstörung und Vernichtung zu tun hat.

Das Symbol «Tod, Todesexistenz», auf dem die Todesrune fusst – assoziiert Spaltung, Unfrieden, Hass, Krieg, Terror, Mord und Zerstörung, wie das täglich in immer krasserer Form festzustellen ist, seit dieses Symbol fälschlich und unverantwortlich als «Friedenssymbol» interpretiert wird und weltweit Verbreitung gefunden hat. Was sich seit der Entstehung dieses 1958 erfundenen «Todessymbols» mit der Todesrune an bewaffneten Konflikten auf der Erde ergeben hat ist derart gravierend, wie es auf diesem Planeten zuvor niemals der Fall war. Es waren nämlich bis zum Monat Mai des Jahres 2024 deren 91 Aufstandskämpfe, Befreiungskriege, Besatzungskriege, Bürgerkriege, Grenzkriege, Invasionskriege, Religionskämpfe, Staatenkriege, Sezessionskriege, Terrorhandlungen und sonstige Waffenkonflikte zu verzeichnen, die viele Millionen Tote gefordert haben.

Nur schon bei oberflächlicher Betrachtung des Symbols wird klar, dass es nicht das Geringste mit Wachstum, Fortschritt und Friedlichkeit zu tun haben kann, denn ein gestürzter Baum, dessen Krone zur Erde weist, ist der Inbegriff der Gewalt, des Endes, der Verrottung und des Sterbens. Da die meisten Menschen unkontrolliert denken, verarbeiten sie die archetypischen Informationen des Symbols auch in genau der Weise der Inhalte, die dieses Symbol umfänglich «umschreibt», weshalb sie dann unbewusst bzw. unkontrolliert und unbedacht alles dazu beisteuern, um den Sinn des Symbol, umzusetzen und Tatsache werden zu lassen, ohne dem Verderben und dem Ende von dem das Symbol «spricht» auch nur das Geringste entgegenzusetzen. Dadurch, dass sich jene gläubigen Menschen, die das Todessymbol als Friedenssymbol missinterpretieren, ihre eigenen Gedanken und Regungen nicht bewusst machen und diese nicht kontrollieren, machen sie sich zu Sklaven des Inhaltes des Symbols – das grundsätzlich völlig neutral einfach einen bestimmten Zustand oder Umstand «beschreibt», den sie ungewollt und gläubig umsetzen und Wirklichkeit und Tatsache werden lassen.



Gegensätzlich zum Symbol «Tod, Todesexistenz» beinhaltet das Symbol «Frieden» eine reiche und auf Wachstum hinweisende Formensprache, die genau wie alle anderen Symbole völlig neutrale archetypische Informationen beinhaltet, die jedoch auf ein friedliches und reiches Wachstum, wie auch auf Ruhe und Fortschritt bzw. Evolution hinweisen und diese Aussage abschliessend beinhalten. Der lebenspralle Baum, dessen Krone in den Himmel weist und der auf einer sprudelnden Quelle thront, verspricht blühendes Wachstum sowie Gedeihen – was durch die stilisierte Lotosblume versinnbildlicht wird, die der

Krone des Baumes entspringt – wodurch dieser zum eigentlichen Lebensbaum wird.

Die Betrachtung des Symboles weckt im Menschen friedliche und fortschrittliche Assoziationen und lässt diese hochkommen, wobei sie auf Gedeihen, Wachstum und eine reiche Ernte hinweisen, wodurch der Mensch wertvolle Regungen, Ahnungen und Ideen sowie Gedanken und ein Streben nach Friedlichkeit, Wachstum, Aufblühen und Fortschritt in sich auslöst und aufbaut, weil er sein eigenes untergründiges Wissen seiner Schöpfungslebensenergie anzapft und bestrebt wird, dieses laufend auf und auszubauen und es also evolutiv zu erweitern, dies einfach deshalb, weil der Mensch durch das Wahrnehmen des Symbols bewusst seinem klaren Verstand und seiner Vernunft mächtig wird, infolgedessen er die archetypische Information der Formensprache des Symboles aufnimmt und diese evolutiv verwertet, um alles in den Wert des diesbezüglich richtigen Handelns, Wirkens und Verhaltens umzusetzen.

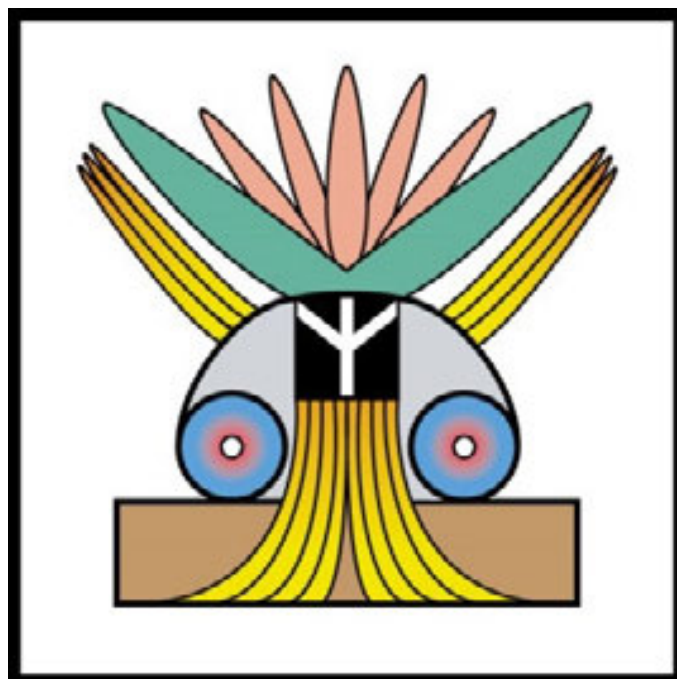
Verbreitet das richtige Friedenssymbol, denn es ist äusserst wichtig.



Das falsche Symbol, die Todesrune, schaffte Unfrieden, Hass und Unheil

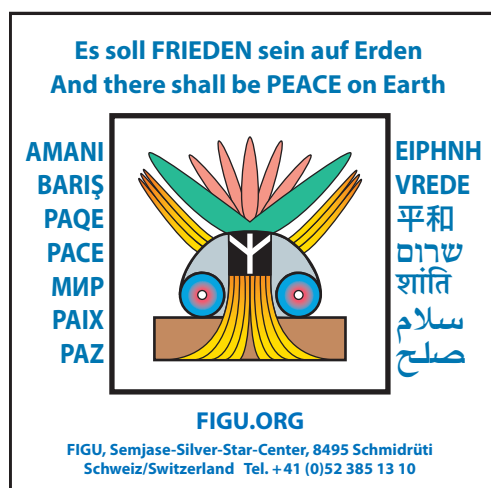
**Nutzt euer Auto und klebt das richtige Friedenssymbol
darauf und verbreitet es!**

Fertigt das richtige Friedenssymbol zu Fahnen und lasst sie im Wind flattern.



Schöpfungsenergielehre-Symbol «Frieden»

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effektiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300X300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU

Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU-Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Redaktion: BEAM «Billy» Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

Wird auch im Internet veröffentlicht

Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,

8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3

IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



© FIGU 2026

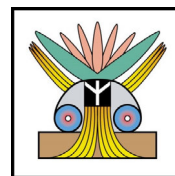
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders

angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.– in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, «Freie Interessengemeinschaft Universell», Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz